aus politik und und zeit geschichte

beilage zur wochen zeitung das parlament

Hans-Joachim Winkler

Über die Bedeutung von Skandalen für die politische Bildung

Manfred Schlenke

Das "preußische Beispiel" in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus

B 27/68
3. Juli 1968

Hans-Joachim Winkler, Dipl.-Pol., Dr. rer. pol., wissenschaftl. Mitarbeiter an der Forschungsstelle der Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg; Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg; verantwortl. Herausgeber der Modellanalysen "Staat und Politik" der "Beiträge zur Sozialkunde"; Mitherausgeber der Zeitschrift "Gegenwartskunde".

Veröffentlichungen u. a.: Die Entwicklungsländer, ergänzte Neuaufl. Berlin 1967 ¹⁰; Legenden um Hitler, Berlin 1961 ⁶; Die Weimarer Demokratie. Eine politische Analyse der Verfassung und der Wirklichkeit, Berlin 1963 ³; Preußen als Unternehmer 1923—1932. Staatliche Erwerbsunternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba (Bd. 17 d. Reihe der Histor. Kommission zu Berlin), Berlin 1965; Der Bundespräsident — Repräsentant oder Politiker?, Opladen 1967; als Herausgeber: Das Establishment antwortet der ApO, Opladen 1968.

Manfred Schlenke, Dr. phil., ord. Prof. für Neuere Geschichte, geb. 1. November 1927 in Wuppertal, z. Z. Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Mannheim, 1962 bis 1964 Dozent in Marburg, 1964—1965 Gastprofessor in Chicago.

Veröffentlichungen zur englischen und preußischen Geschichte, zur Geschichte der Historiographie und der internationalen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen. Verf. von: England und das friderizianische Preußen 1740—1763. Ein Beitrag zum Verhältnis von Politik und öffentlicher Meinung im England des 18. Jahrhunderts, Freiburg 1963; Hrsg. von: Geschichte in Quellen, 6 Bde., München 1961 ff.

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte";

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 6,— vierteljährlich (einschließlich Mehrwertsteuer DM 0,29) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte" stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Über die Bedeutung von Skandalen für die politische Bildung

I. Die Scheu vor dem Unseriösen

Mit etwas so Anrüchigem, Unseriösem und auch schwer Greifbarem wie politischen Skandalen assoziiert man eher die alte These, Politik sei ein schmutziges Geschäft, als das Gefühl, daß hier irgendein Ansatz für Bildungswerte stecken könne. Vor der Untersuchung derartiger Zusammenhänge ist zu fragen, warum Sozialwissenschaften und Pädagogik das politische Phänomen Skandal bisher weitgehend außer acht gelassen haben. Danach soll eine allgemeine Definition des politischen Skandals und eine Systematik der verschiedenen Möglichkeiten, die ein Skandal an Erkenntniswert über den Zustand des politischen Gemeinwesens bietet, Hinweise geben für die funktionale Bildungswirkung und für mögliche intentionale Bildungswerte. Entsprechend dieser sozio-politischen bzw. politisch-pädagogischen Fragestellungen bleiben Skandale außer Betracht, die sich in rein gesellschaftlichen, künstlerischen, sportlichen oder anderen nichtpolitischen Bereichen des Gemeinwesens ereignen. Angesichts der Tatsache, daß Skandale aus der Geschichte und Zeitgeschichte nur in Ausnahmefällen noch im heutigen Bewußtsein relevant sind, wurden für etwa notwendige Illustrationen überwiegend Beispiele aus der Entwicklung der Bundesrepublik herangezogen.

Zwar haben einzelne Vorfälle, vom Skandal um das Halsband der Marie Antoinette bis zur Spiegel-Affäre, immer wieder das Interesse von Wissenschaftlern gefunden 1). In der Hauptsache sind sie aber die Domäne der Dichter, Publizisten oder Sachbuch- und Sensationsautoren 2). Es gab zwar schon Versuche, eine ganze Ära oder jedenfalls einen ihrer Bereiche durch Skandale zu erklären 3), dennoch bleibt

Dieser Aufsatz ist der leicht gekürzte Vorabdruck eines Beitrages für das "Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik", hrsg. v. Heinz-Dietrich Ortlieb und Bruno Molitor (Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik und des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs), 13. Jahr, Tübingen 1968. Der Vorabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber und des Verlages J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

es "erstaunlich", daß bei den Sozialwissenschaften, wie der Publizist Johannes Gross schon 1965 festgestellt hat, "der Skandal an sich, sein Begriff und sein typischer Ablauf kein Interesse und keine Darstellung gefunden haben" 4). Zwei Jahre später erschien von dem Münchner Publizisten Christian Schütze "Die Kunst des Skandals. Über die Gesetzmäßigkeit übler und nützlicher Ärgernisse" 5). Schütze hat die sieben Seiten Notizen zur Skandal-Theorie von Gross aufgegriffen und auf 67 Seiten zum Teil korrigiert und erweitert. Trotz vieler kluger Beobachtungen ist er schließlich doch dem feuilletonistischen Reiz

Manfred Schlenke

der Situationsschilderung erlegen, indem er auf 258 Seiten neun Skandale und Skandälchen bis zu Gernreichs "Oben-ohne"-Badeanzug erzählt. Allerdings betont er selbst, keine "vollständige Skandalogie" vorgehabt zu haben 6).

¹) Vgl. als wohl umfangreichste Untersuchung: Die Spiegel-Affäre, Bd. I: Alfred Grosser, Jürgen Seifert, Die Staatsmacht und ihre Kontrolle; Bd. II: Thomas Ellwein u. a., Die Reaktion der Offentlichkeit, Olten—Freiburg 1966, insges. 1133 S.

²) Vgl. den Bd.: Skandale, in der Reihe: Der neue Pitaval, Hrsg. Robert A. Stemmle, München 1967, mit seiner recht zufälligen Zusammenstellung von Fällen.

³⁾ Vgl. Kurt Heinig, Die Finanzskandale des Kaiserreiches, Berlin 1925, geschrieben als Polemik gegen die Feinde der Weimarer Republik.

⁴) Johannes Gross, Lauter Nachworte. Innenpolitik nach Adenauer, Stuttgart 1965, S. 161. Dieselbe Erfahrung machte der Verfasser schon 1964, als er an der Freien Universität Berlin ein Seminar über die "Bedeutung politischer Skandale in der Weimarer Republik" abhielt und nicht einmal in der umfangreichen amerikanischen Konflikt-Literatur eine Analyse des Skandals fand.

⁶⁾ Christian Schütze, Die Kunst des Skandals. Über die Gesetzmäßigkeit übler und nützlicher Ärgernisse, München—Berlin—Wien 1967.

⁶⁾ Christian Schütze, a. a. O., S. 11.

Vielleicht liegt im Ausdruck "Skandalogie" ein Hinweis, warum die Sozialwissenschaften dieses Thema bisher nicht analysiert haben. Er bezeichnet etwas Unseriöses; also kann die Beschäftigung damit auch auf den abfärben, der mit einem Material umgeht, das eigentlich in den Bereich des Journalismus, vor allem der Sensationspresse zu gehören scheint. Als weiteres Hindernis erweist sich, daß zum Wesen von Skandalen und Affären etwas Halbdunkles, Unsicheres gehört. Hier ist kein "Aus-den-Quellen"-Arbeiten möglich, wenn man nicht "chroniques scandaleuses" im Illustriertenstil produzieren will.

Wenn eine Theorie des politischen Skandals bisher von den Sozialwissenschaften ausgespart worden ist, so sollte man dennoch annehmen, daß dieses Phänomen wenigstens von der Pädagogik, besonders von der Didaktik der politischen Bildung, behandelt worden wäre - einfach, weil Skandale häufig im politischen Leben geschehen, jeweils Millionen interessieren, und man deshalb im Unterricht nicht daran vorbeigehen könnte. Somit würde aus der Bildungspraxis die Forderung nach einer systematischen Analyse durch die Wissenschaft kommen. Wenn man allerdings in Rechnung stellt, daß in der deutschen Bildungstradition die Kontakte zwischen Schule und Universität schon immer sehr unterentwikkelt waren — gelegentlich auch zum Nachteil der Universität —, nimmt es nicht wunder, daß kein solcher Anstoß erfolgt ist. So bleibt auch in der Pädagogik der politische Skandal meistens unbeachtet 7) oder er wird als Störung empfunden.

Die eine Möglichkeit, auf Störung der Bildungsarbeit durch Skandale zu reagieren, schildert z. B. Paul Röhrig⁸), wenn er den Gegensatz von "wirklicher", also heute praktizierter, und "wahrer" Demokratie feststellt. Dabei erscheint die wirkliche Demokratie "allzuoft als Tummelplatz lauter kleiner und großer Ermächtigungskämpfe". Demgegenüber sei die wahre Demokratie immer noch das "Gemeinwesen, in dem alle miteinander die gemeinsame Sache betreiben, die eben nicht die Sache der einzelnen Gruppen und Cliquen ist". Wie gefährlich sich eine derartige Idealisierung bei der Konfrontation mit der politischen Realität auswirken kann, ist später zu erörtern. Die andere Reaktionsmöglichkeit besteht darin, die politische Bildung grundsätzlich solange für nutzlos zu halten, wie das "dialektische Verhältnis von Moral und Politik" gefährdet ist 9), solange also Skandale und Affären im politischen Bereich eine schlechte funktionale Erziehung durch das Beispiel geben und damit

die intentionale Erziehung des Pädagogen fruchtlos machen.

Das Ausweichen vor dem Skandal, indem man sich gegenüber der Wirklichkeit auf die Vermittlung der "Wahrheit" beschränkt oder indem man die politische Bildung bei fragwürdigen Vorbildern für unmöglich erklärt, basiert auf einem bestimmten Verhältnis von der Interdependenz politischer Praxis und Bildung. Repräsentativ hat das schon am 22. Januar 1955 der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen in seinem "Gutachten zur politischen Bildung und Erziehung" ausgesprochen 10): "Politische Jugenderziehung ist eine Voraussetzung guter Politik. Aber die politische Erziehung des Volkes im ganzen geschieht wesentlich durch die Politik selbst. Deshalb werden die Bemühungen um politische Erziehung scheitern, wenn nicht die Politiker sich der erzieherischen Wirkungen bewußt sind, die im Guten wie im Schlechten von ihrem Handeln ausgehen." Angesichts der Krisenerscheinungen 1967 kommentierte einer der angesehendsten und engagiertesten Politologen diese These 11): "Heute zeigt sich, wie berechtigt diese Warnung war." Zugegebenermaßen ist die Auffassung extrem, daß man keine Bildung treiben könne, solange Männer des öffentlichen Lebens Skandale produzierten. Aber auch bei jenem wachsenden Kreis von Pädagogen, die Konflikte als Lebenselement politischen Handelns betonen, werden Skandale meist außer acht gelassen - offenbar, weil sie zu unseriös erscheinen, und weil es schließlich andere Konfliktformen gibt, die zu behandeln sich lohnt. Das Ausweichen vor der Alltagserscheinung politischer Skandale mag auch darin eine Wurzel haben, daß hier oft öffentliche Mandatsträger verwickelt sind, daß also Autorität in Frage gestellt oder zer-

⁷⁾ Vgl. Ausnahmen wie Hans Friedrich und Winfried Zehetmeier, Parteien. Geschichte, Aufgabe und Bedeutung, Hrsg. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1964, S. 9 f.; Karlheinz Kitzel, Das Parlament als Instrument der politischen Willensbildung in der modernen Demokratie, in: Gesellschaft, Staat, Erziehung, 10. Jg. (1965), S. 123. In beiden Arbeiten werden Skandale kurz erwähnt. Hermann Giesecke (Didaktik der politischen Bildung, München 1965) zieht zur Ver-anschaulichung die "Spiegel"-Affäre heran. 8) Paul Röhrig, Politische Bildung — Herkunft und

Aufgabe, Stuttgart 1964, S. 202.

9) Kurt Georg Fischer, Wie ist es mit der politischen Bildung bestellt? in: Zeitschrift für Pädagogik, 10. Jg. (1964), S. 95.

¹⁰⁾ Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen: Empfehlungen und Gutachten, 1. F., Stuttgart 1962, S. 48.

¹¹⁾ Theodor Eschenburg, Die Macht der Beziehungen, in: Die Zeit, Nr. 2 v. 12. Jan. 1968, S. 3.

stört wird. Auf Grund der deutschen Tradition hat aber Autorität in der politischen Bildung noch immer einen hohen Stellenwert. Bei der Behandlung anderer Konfliktformen, z. B. dem Streik, werden Autoritätsfragen kaum berührt. Skandale in der Bildung außer Betracht gelassen werden, ist ein Blick auf Wesen und allgemeine Bedeutung dieses Phänomens notwendig.

II. Zur Definition politischer Skandale

"Skandal, so scheint es, ist die selbstverständlichste Sache von der Welt. Man braucht darüber kein Wort mehr zu verlieren." So schließt Schütze 12) ironisch seinen Versuch, den Begriff Skandal vom Wort her über Lexika und Nachschlagewerke verschiedener Disziplinen und Sprachen in den Griff zu bekommen. Die Sachlage wird noch komplizierter, weil der heutige Sprachgebrauch einen Skandal auch als Affäre oder Fall, also als Vorfall im weitesten Sinne bezeichnet. Jahrelange Beobachtungen haben keinen Hinweis darauf gegeben, daß mit unterschiedlicher Bezeichnung auch ein unterschiedlicher Tatbestand gemeint ist. Man findet ebenso die Wendung: "Der Skandal entwickelt sich zur Affäre", wie jene, daß aus der Affäre ein Skandal entstehe. Oft wird der gleiche Tatbestand, wie die Aktion gegen den "Spiegel" 1962, als Affäre oder Skandal bezeichnet, wobei der Begriff der Affäre mehr Ungeklärtes, Dunkles zu enthalten scheint als der des Skandals. In unserem Zusammenhang wird sogar der juristische Terminus "Fall" auf Erscheinungen angewandt, die zwar politisch, aber nicht rechtlich relevant sind.

Der Definitionsversuch hält sich deshalb an den Skandal als den präzisesten der drei Begriffe. Scandalon ist im Griechischen ursprünglich das Stellholz an einer Falle, die zuklappt, wenn jenes berührt wird. Daraus entwickelten sich vage Bedeutungen wie Anstoß, Ärgernis erregen bzw. nehmen. So findet sich der Begriff häufig in der Bibel und heute noch im Sprachgebrauch der katholischen Kirche, wenn z. B. Papst Paul VI. in seiner Enzyklika "Populorum Progressio" zur Situation der Entwicklungsländer vom "Skandal schreiender Ungerechtigkeit" spricht 13). Hier ist Skandal also ein ständiges Ärgernis. Demgegenüber scheint die im 18. Jahrhundert aus dem Französischen übernommene Bedeutung "Ärgernis, schmachvolles Aufsehen erregender Vorgang", wie sie das Deutsche Wörterbuch der Gebrüder Grimm registriert, treffender 14). Hier wird auch die für das bürgerliche Zeitalter typische öffentliche Funktion deutlich, wenn es heißt: "Manche Zeitungen leben vom Skandal. - Hier mischt sich leicht eine active Vorstellung ein,

die Vorstellung des mit niedrigem Wohlgefallen geübten Hervorziehens und Ausbreitens ärgerlicher Dinge." Diese Charakterisierung trifft zugleich die auch heute noch verbreitete negative Einstellung zum politischen Skandal, der, aus "niedrigen" Motiven entfesselt, Ruhe, Ordnung und Harmonie zu stören scheint. Bei diesem Skandal-Begriff ist gegenüber dem mehr statischen Gebrauch des Wortes in der erwähnten Enzyklika das Überraschungsmoment neben dem Ärgernis wichtiges Kriterium.

Daraus ergibt sich für den heutigen Sprachgebrauch folgende Definitionsmöglichkeit: Ein politischer Skandal (oder ein Fall, eine Affäre) ist das Bekanntwerden eines unerwarteten, überraschenden Verhaltens von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, das bei einem Teil der Bürger Argernis oder Entrüstung erregt. Je größer der Anteil der Entrüsteten ist, desto stärker ist der Intensitätsgrad des Skandals, woraus allerdings noch nicht auf die reale Bedeutung des auslösenden Tatbestandes zu schließen ist. Weiterhin kann man feststellen: Der Uberraschungs- und Argernis-Effekt ist umgekehrt proportional zu der Wahrscheinlichkeit, mit der man das entsprechende Ereignis erwarten konnte.

Zum politischen Skandal als einem überrachenden, Argernis erregenden Vorgang gehören mindestens drei Faktoren: Erstens der unerwartete Tatbestand, zweitens jemand, der diesen Tatbestand publik macht, und drittens Bürger, die ihn als Argernis empfinden. Außerdem ist eine Voraussetzung unumgänglich: Ein Mindestmaß an Meinungs- und Pressefreiheit. Diktaturen zeigen nach außen hin stets ein "sauberes", skandalfreies Bild, wenn man von gesteuerten Skandalen wie z. B. der Röhm-Affäre 1934 oder den unterdrückten Skandalen um Prominente des Regimes ab-

¹²⁾ Christian Schütze, a. a. O., S. 19.

¹³) Paul VI., Populorum Progressio. Über den Fortschritt der Völker. Rundschreiben vom 26. März 1967, Recklinghausen 1967, S. 7.

¹⁴) Jakob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Bd. X, 1. Halbbd., Leipzig 1905, Sp. 1306.

sieht, wobei dann anstelle von Skandal-Diskussionen Gerüchte und "Flüsterwitze" entstehen. Gegenüber scheinbar diktatorischer Geschlossenheit liegt das Wesen einer demokratischen Gesellschaft nicht zuletzt im offenen Austragen von Konflikten. Insofern ist der politische Skandal nichts anderes als Teil der allgemeinen politischen Kategorie "Konflikt" zwischen Machtträgern bzw. Machtgruppen. Allerdings ist der Skandal auf der Skala der politischen Konfliktformen schwer einzuordnen. Er gehört weder klar zu den geregelten Konfliktformen, etwa der Debatte oder einem Streit vor dem Bundesverfassungsgericht, noch gehört er eindeutig zu den ungeregelten Konfliktformen wie etwa eine spontane Volkserhebung. Unbestritten ist er jedoch Teil des politischen Lebens.

III. Zur gesellschaftlichen Bedeutung politischer Skandale

Die Definition des politischen Skandals sagt noch nichts über seine Bedeutung für die Gesellschaft, wenn man von der erwähnten Interdependenz zwischen Skandalen und Pressefreiheit absieht. Auch die umfangreiche, historisch-beschreibende Literatur über einzelne berühmte Skandale hilft hier nicht weiter. Sie kann allerdings Bausteine liefern zu einer Anatomie ¹⁵) oder — besser — Physiologie des Skandals, denn ein Skandal ist ein dynamischer Prozeß. Dieser Prozeß selbst soll im Rahmen dieser Überlegungen nicht weiter untersucht werden.

Wenn man nun auf der Suche nach der Bedeutung politischer Skandale für das Gemeinwesen systematisiert, Vordergründiges und Nebensächliches wegläßt und darüber hinaus sich bewußt bleibt, daß derartige Systematisierung nicht die ganze vielseitige Wirklichkeit erfassen kann, dann ergeben sich für die gesellschaftliche Funktion politischer Skandale und damit für ihren Erkenntniswert vier Grundmuster. Im folgenden werden diese Grundmuster mit einigen Beispielen illustriert; dabei ist zu bedenken, daß jeder politische Skandal mehrere Aspekte hat, häufig also unter mehr als nur ein Grundmuster zu rubrizieren ist, und daß er neben den gesellschaftlichen auch die hier nicht zu behandelnden individuellen Aspekte der politischen Machtkonkurrenz enthält. Als ein zugegebenermaßen grober Raster für das Erfassen der Bedeutung seien im folgenden vier gesellschaftliche Funktionen politischer Skandale skizziert.

1. Politische Skandale können bisher nicht offen sichtbare Spannungen zwischen Personen bzw. Gruppen innerhalb einer Institution oder zwischen Institutionen offenbar werden lassen. In solchen Fällen haben Skandale eine Art Signalfunktion, indem sie latente Spannungen oder Konflikte, wie sie durch Persönlichkeiten oder Strukturverschiebungen entstanden sind,

öffentlich anzeigen. Beispiele für diese Signalfunktion sind die zahlreichen Skandale, wie sie um die Institution des Wehrbeauftragten seit seiner ersten Besetzung 1959 beinahe regelmäßig entstanden sind. Bisher ist es offensichtlich weder dem Bundestag noch den drei Amtsinhabern gelungen, für diese Institution den entsprechenden Ort zwischen Legislative und Exekutive zu finden. Ähnliche Spannungen und Unsicherheiten zeigen sich auf größerer Ebene bei der Bundeswehr, als 1966 die Starfighter-Affäre, der Rücktritt des Generals Trettner wegen des OTV-Erlasses und kleinere Skandale, z. B. vor dem Verteidigungsausschuß, öffentlich anzeigten, daß es schon länger eine latente Bundeswehrkrise gegeben hatte. Erst diese Vorfälle führten zur längst fälligen Diskussion über den Ort der Bundeswehr in der Demokratie, Führungsprobleme, Kampfauftrag, Rolle in der NATO, geeignete Bewaffnung und ähnliches. Auch manche der Skandale aus dem Bereich des Auswärtigen Amtes gehören in diese Rubrik, etwa der spektakuläre Abgang des Moskauer Botschafters Kroll im März 1962 oder die Affäre um den Grafen Huyn im November 1965. Neben persönlichen Fragen bildeten in diesen beiden Beispielen vor allem unterschiedliche Konzeptionen, einmal im Verhältnis zur Sowjetunion, das andere Mal im Verhältnis zu Frankreich, den eigentlichen Anlaß für Spannungen, die sich dann — für die Mehrheit der Bürger überraschend — in Affären entluden und somit ein Signal gaben, dahinterliegende Fragen zu klären.

6

B 27

¹⁵) Christian Schütze (a. a. O.) hat wichtige Ansätze dazu geliefert, wenn auch manche seiner Thesen kaum durchdacht scheinen, wie jene: "Was ohne Wirkung bleibt, war kein Skandal" (S. 22) oder: "Wenn z. B. in dem allgemeinen Gerede über den Fall keine 'Orgie' vorkommt, dann wird aus dem Fall kein Skandal, auch wenn die Zeitungen noch so sehr darauf beharren, es sei einer" (S. 334).

2. Eine andere Funktion politischer Außerungen oder Handlungen, die als Skandal empfunden werden, liegt darin, daß plötzlich offenbar wird, wie gegen geschriebene oder ungeschriebene Normen, gegen Spielregeln oder Rollenerwartungen verstoßen worden ist. Skandale dieses Grundmusters wirken als politische Kontrolle. Zu diesem Typ gehören die Korruptionsskandale, etwa mit der Leihwagenaffäre beginnend. An ihr läßt sich abstrahieren, wie eine durch Krieg- und Nachkriegszeit unsicher gewordene Bürokratie wieder eine Amtsauffassung suchte, die sich dann im "Kugelschreiber-Erlaß" des Bundesinnenministeriums niederschlug. Der "Glocke"-Skandal im Hamburger Untersuchungsgefängnis 1966, wo ein Häftling zu Tode geprügelt worden war, mit den Anschluß-Skandalen im Kölner "Klingelpütz" und andernorts zeigen politische Skandale in ihrer Kontrollfunktion der Staatsverwaltung besonders deutlich.

Ahnliches gilt für die Arbeit der Geheimdienste, die ihrem Wesen nach öffentlicher Kontrolle entzogen sind. Bei der Entführung des französischen Oberst Argoud aus Bayern 1963, bei der Abhöraffäre im selben Jahr oder bei der "Rückführung" von Süd-Koreanern aus der Bundesrepublik 1967 machten erst Skandale klar, daß Prinzipien des Rechtsstaates verletzt worden sind. Skandale wie jene um den Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, oder den Bundestagsabgeordneten Kurt Frenzel erhielten ihre Brisanz durch den überraschenden Verstoß gegen die Rollenerwartungen, die die Offentlichkeit von Männern in derartigen Positionen hegte. Die Entrüstung der Bürger wirkte jeweils als Kontrolle, und zwar unabhängig von den rechtlichen Sanktionen für den Verstoß gegen Gesetze.

Ahnliche Kontrollwirkung durch spontane Entrüstung ist bei Äußerungen Verantwortlicher zu beobachten, wenn sie gegen politische Spielregeln oder den politischen Stil verstoßen, von Kurt Schumachers Zwischenruf "Bundeskanzler der Alliierten" im Bundestag 1949 bis zu der als Skandal empfundenen, überraschenden Abwertung des Bundespräsidenten Heuss durch Bundeskanzler Adenauer im politischen Krisenjahr 1959 16). Inwieweit das Regierungssystem bzw. das politische Gemeinwesen reagiert, wenn ein Skandal als Alarmglocke Verstöße gegen Normen oder Rollenerwartungen anzeigt, inwieweit also die Kontrollfunktion des jeweiligen Skandals wirksam ist, kann Rückschlüsse auf den Zustand des Systems ergeben.

3. Politische Skandale können noch eine dritte, weniger kontrollierende als korrigierende Funktion haben. Es sind jene Fälle, die plötzlich Spannungen aufzeigen zwischen noch bestehenden Normen und inzwischen gewandelten Auffassungen in der Gesellschaft. Da kodifiziertes Recht im Prinzip konservativ ist, handelt es sich bei derartigen Skandalen häufig um die Kollision zwischen Gesetzen und gesellschaftlichen Auffassungen, die diesen Gesetzen nicht mehr entsprechen. Beispiel dafür ist etwa der Fall der unehelichen neunjährigen, zwischen West-Berlin und Zittau hinund hergerissenen Angelika Kurtz. Erst als sich an ihrem Schicksal durch widersprüchliche Gerichtsentscheidungen, ministerielle Richterschelte und fragwürdige Verwaltungsakte in den Jahren 1965/66 eine ganze Kette von Skandalen entzündete, wurde einer breiteren Offentlichkeit das Grundgesetzwidrige unseres Unehelichenrechts deutlich, und es kam die längst fällige Gesetzreform in Gang. Ein wesentlicher Aspekt der Spiegel-Affäre von 1962, nämlich publizistischer Landesverrat in einer Demokratie bzw. die Spannung zwischen Staatsschutz und Pressefreiheit, gehört in diesen Funktionsbereich. Erst als eine aus der DDR eingeladene Besuchergruppe im September 1965 aus Oberhausen von der Polizei wieder an die Zonengrenze abgeschoben wurde und das in der Bundesrepublik ebenso überrascht wie empört registriert wurde, erschien das in der Zeit des Kalten Krieges verschärfte politische Strafrecht plötzlich nicht mehr angemessen; es begannen die Diskussionen um eine Reform oder die Anwendung des Opportunitätsprinzips.

In diesen dritten, korrigierenden Funktionsbereich gehören auch jene Skandale, die daraus entstehen, daß von Personen oder Institutionen mit einem gewissen Maß an Autorität öffentlich überraschend Tabus berührt werden. Beispiel dafür ist etwa der Sturm, den die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Oder-Neiße-Frage entfesselte. Hierher gehören auch die Folgen scheinbar unpolitischer Aktionen wie Rolf Hochhuths Schauspiel "Der Stellvertreter", das die diplomatisch abwartende Haltung von Papst Pius XII. während der Vernichtung der Juden im Dritten Reich schilderte, womit Hochhuth ein Tabu berührte, was von vielen Ka-

¹⁶⁾ Vgl. Hans-Joachim Winkler, Der Bundespräsident. Repräsentant oder Politiker?, Modellanalyse der "Beiträge zur Sozialkunde", Reihe C "Staat und Politik", Opladen 1967, S. 24; hier wird versucht, die Amtsführung der Präsidenten Heuss und Lübke auch mit den Ärgernissen und Skandalen, die um sie entstanden, in der jeweiligen Bedeutung für unser Regierungssystem aufzuzeigen.

tholiken als Skandal empfunden wurde ¹⁷). Diese dritte mögliche Funktion politischer Skandale besteht also in dem Versuch, Norm und gesellschaftliche Auffassung, Sprache und Realität wieder in Einklang zu bringen.

4. Schließlich gibt es eine vierte Gruppe von Skandalen, die auf Grund von Irrtümern oder falschen Behauptungen entstehen. Sie haben also keinen realen Anlaß, sondern sind ausschließlich Instrumente des politischen Machtkampfes nach dem Motto des lateinischen Sprichwortes: Calumniate audaciter, aliquid semper haeret (Verleumdet kühn, etwas bleibt immer hängen). Skandale dieses Typs haben die Aufgabe, Meinungen zu manipulieren.

Zwar dienen auch die anderen erwähnten Skandaltypen oft dem Machtkampf und der Meinungsbildung der Wähler. Im Unterschied zur vierten Gruppe liegt den anderen Skandalen jedoch ein mehr oder weniger großes tatsächliches Ärgernis zugrunde. Dieser Unterschied zwischen den drei obigen Grundmustern und der vierten Gruppe wird auch nicht davon berührt, daß das überraschende Ärgernis in den ersten Fällen von jeweiligen politischen Gegnern oder von bestimmten Massenmedien aufgebauscht bzw. dramatisiert wird.

Für die vierte Gruppe, also die reinen Manipulierungs-Skandale, sei als Beispiel jene Affäre erwähnt, die Konrad Adenauer im Bundestagswahlkampf 1953 entfesselte, als er den SPD-Kandidaten Schroth und Scharley unterstellte, sie erhielten Geld aus der DDR. Daß gar kein Anlaß für einen Skandal vorlag, stellte sich nach der Wahl heraus. Im Bundestag zur Rede gestellt, registrierte Adenauer schmunzelnd den wahrscheinlichen Stimmengewinn durch diese Affäre. Auch wenn man berücksichtigt, daß im Wahlkampf mit harten Bandagen gekämpft zu werden pflegt, ist es für die Verankerung demokratischer Spielregeln im Bewußtsein der Gesellschaft nicht unwichtig, daß die Rechtfertigung des Kanzlers von relativ wenigen als Skandal empfunden wurde.

Der mehr oder weniger aus der Luft gegriffene Skandal zu Manipulierungszwecken ohne ein wirkliches Ärgernis als Grundlage ist seltener, als jene glauben, die Skandale als Symptom für die These von der Politik als dem schmutzigen Geschäft nehmen. Diese Tatsache ist gar nicht so überraschend. Wenn man als Wesenselement des Skandals das überraschende Ärgernis nimmt, so kann dieses nur breitere Entrüstung erregen und damit politische Folgen haben, wenn der Anlaß trotz der

Überraschung noch im Rahmen des Vorstellbaren bleibt. Die erwähnte Wahlkampf-Behauptung hätte in einer gut informierten Gesellschaft eigentlich gar nicht wirken können, weil die betreffende Oppositionspartei seit 1945 so agiert hatte, daß man ihr zwar damals alles mögliche vorwerfen konnte, nur nicht, daß sie ein Werkzeug der Kommunisten sei. Für die These, daß ein Skandal nur dann entsteht, wenn ein gewisses Minimum der Bürger den Anlaß für möglich hält, sei noch ein Beispiel erwähnt. Der "Spiegel" hat einmal versucht, um Adenauer auf Grund von dessen angeblichen Aktien-Manipulationen aus seiner Kölner Zeit einen Skandal zu entfesseln. Es gab keinen Skandal, weil Freunde und Gegner Adenauers ihm alles zuzutrauen bereit waren, nur nicht unrechtmäßige Bereicherung.

In Form dieser vier Gruppen bieten politische Skandale offensichtlich nicht unbedeutende Aufschlüsse über den Zustand des Gemeinwesens. Ihre Signal-, Kontroll- oder Koordinierungsfunktionen können, wenn sie entsprechend aufgenommen werden, jene Konflikttheorie untermauern, die besagt: "Eine flexible Gesellschaft profitiert vom Konflikt, weil solches Verhalten, indem es die Normen schaffen und modifizieren hilft, ihre Kontinuität unter veränderten Bedingungen garantiert. Ein solcher Mechanismus zur Wiederanpassung von Normen steht starren Systemen kaum zur Verfügung; indem sie den Konflikt unterdrücken, verdecken sie ein nützliches Warnsignal und erhöhen so die Gefahr eines katastrophalen Zusammenbruchs aufs äußerste." 18) Die soziopolitischen Funktionen von Skandalen können übrigens auch Bausteine für die kybernetische Informationstheorie liefern 19), wenn man sie unter dem Signal- bzw. Rückkoppelungseffekt betrachtet.

Die Voraussetzung der "flexiblen Gesellschaft" ist allerdings gar nicht stark genug zu

¹⁷⁾ Als Hochhuths Churchill-Stück "Soldaten" bei der Premiere 1967 auch Kritik fand, schrieb die Zeitung des Vätikäns "Osservatore Romano", daß Hochhuth nun von seinen eigenen Landsleuten "als ... wenig geschickter Fabrikant von Skandalen ... abgestempelt wird" (zitiert nach: Die Welt v. 25. Oktober 1967). Tatsächlich haben die später erfolgten, umfangreichen Aktenpublikationen des Vätikans Hochhuths These aus dem ersten Stück nicht widerlegen können, nämlich daß bei Pius XII. die Verantwortungs- vor der Gesinnungsethik überwogen habe.

¹⁸) Lewis L. Coser, Theorie sozialer Konflikte, aus dem Amerikanischen, Neuwied—Berlin 1965, S. 183.
¹⁹) Vgl. zum kybernetischen Aspekt im Sinne von Karl W. Deutsch (The Nerves of Government, New York 1963) Dieter Senghaas, Sozialkybernetik und Herrschaft, in: Atomzeitalter, Bd. 9 (1967), S. 386 ff.

betonen, wie die deutschen Erfahrungen im Zusammenhang mit politischen Skandalen beweisen. Im Wilhelminischen Reich wurden sie zugunsten einer vermeintlichen Harmonie und Ordnung in den erwähnten drei Funktionen kaum ernst genommen. Beispielsweise ist relativ wenigen klargeworden, daß die Daily-Telegraph-Affäre 1908 das Ende des personlichen Regimes des Kaisers bedeutete. Nicht zuletzt dieses Außerachtlassen der Information durch Skandale hat den plötzlichen und für Millionen überraschenden Zusammenbruch 1918 sowie das Entstehen der Dolchstoß-Legende erleichtert. In der Weimarer Republik dagegen war das politische Leben von Skandalen beherrscht, angefangen von jenem, den Helferich 1920 gegen Erzberger entfesselte, bis zu dem für ostelbische Großgrundbesitzer gefährlichen Osthilfe-Skandal, zu dessen Unterdrückung ihnen ein Kanzler Hitler willkommen war 20). Die Mehrheit der Gesellschaft in der Weimarer Republik war jedoch - zumindest in ihrem Bewußtsein - nicht "flexibel". Außerdem fehlte ihr das, was amerikanische Konflikt-Soziologen häufig stillschweigend voraussetzen: ein notwendiges Minimum an Konsensus und Integration, ohne das Konflikte nicht fruchtbar sein können. Auf Grund dieser Voraussetzungen war bei den zahlreichen politischen Skandalen jener Zeit kaum etwas von den Signal-, Kontroll- oder Koordinierungsfunktionen wirksam, sondern fast alle degenerierten zur vierten Kategorie, dem Manipulierungs-Skandal, soweit sie nicht schon von vornherein dazu gehörten. Presse und Justiz leisteten wesentliche Beiträge zu dieser desintegrierenden Wirkung der politischen Skan-

Nach der — mit den erwähnten Ausnahmen — äußerlich "skandalfreien" NS-Diktatur entwikkelte sich in der Bundesrepublik neben relativ größerer Offenheit und Flexibilität auch der notwendige Konsensus, wobei dieser gelegentlich, z. B. im Kalten Krieg der fünfziger Jahre,

sogar über das erforderliche Minimum hinausging. Mit der Spiegel-Affäre 1962 als Höhepunkt konnten Skandale leichter als bisher in der deutschen Geschichte die erwähnten drei integrierenden Funktionen wahrnehmen. Das lag u. a. an der verantwortungsbewußteren parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition (Massenmedien), an der lange Zeit relativ schwachen oder verbotenen antiparlamentarischen Opposition und an einer nicht zuletzt durch das Bundesverfassungsgericht bedingten anderen Einstellung der Justiz.

Im übrigen sind die Abgrenzungen zwischen Skandalen und allgemeineren Krisensymptomen fließend. Das zeigt sich an der jüngsten Entwicklung der Bundesrepublik. Was 1965 mit einer Kette kleinerer Skandale an der Freien Universität Berlin begann und anfangs nur hochschulpolitische Fragen zu berühren schien (Fall Krippendorf), aber keine entsprechenden Korrekturen in der überkommenen Hochschulstruktur erreichte, und dann in den Zwischenfällen beim Schah-Besuch im Sommer 1967 andere Dimensionen annahm, das sprengt inzwischen schon die Kategorie des politischen Skandals. Die geringer gewordene Offenheit unseres Herrschaftssystems (Große Koalition), seine 1966/67 vorübergehend geschrumpfte wirtschaftliche Effizienz (Rezession) und die Unklarheit über unsere Stellung im veränderweltpolitischen Kraftfeld (Vietnam, NATO-Krise) äußern sich zwar gelegentlich auch in politischen Skandalen ("Ravensburger Depesche" 1968), überwiegend jedoch in anderen Krisensymptomen, die nun nicht mehr als Einzelfall beiseite zu schieben sind wie ein politischer Skandal.

Im Zusammenhang mit unserer engeren Problemstellung ist vor der Antwort auf die Frage nach einem möglichen Bildungswert politischer Skandale noch zu untersuchen, welche ungewollten Bildungswirkungen diese auf die Bürger ausüben.

IV. Zur funktionalen Bildungswirkung politischer Skandale

Im Wesen des politischen Skandals liegt sein Uberraschungseffekt, sein Emotionen hervorrufendes Ärgernis und die Tatsache, daß abstraktes politisches Geschehen hier personifiziert erscheint. Daraus ergibt sich eine gewisse Beeinflussung und Politisierung der Bürger, und zwar ganz unabhängig von allen Intentionen politischer Bildung. In allen Gesell-

schaften ist der Kreis der ernsthaft an Politik Interessierten relativ klein. Was Bertrand de

²⁰⁾ Vgl. als eine der wenigen für unsere Fragestellung aufschlußreichen Arbeiten: Winfried Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und

Jouvenel²¹) für politische "Erhitzungszustände", also für Krisen, nachgewiesen hat, gilt auch für Skandale. Sie vergrößern automatisch die Schar der Interessierten. Das Allensbacher Institut für Demoskopie hat beispielsweise während der Spiegel-Affäre ein Ansteigen der nach eigener Aussage politisch Interessierten um ca. 10 % über das Normalmaß von 27 % registriert. Es schloß daraus: "Die Spiegel-Affäre erwies sich als politischer Unterricht, " 22) Die Kausalkette "politischer Skandal — erhöhtes politisches Interesse politischer Unterricht" erscheint keineswegs schlüssig. Sie würde stimmen, wenn politische Skandale sich ebenso rational wie schnell und deutlich zu einer der drei erwähnten integrierenden Grundfunktionen entwickeln würden und wenn in der Gesellschaft die Einsicht in die Nützlichkeit von Konflikten verbreitet wäre. Beides trifft jedoch nicht ohne weiteres zu. Interessiertheit ist keineswegs mit politischer Bildung gleichzusetzen, wenn auch unbestritten Interessiertheit für den Erfolg politischer Bildung notwendig ist. Es genügt nicht, daß Skandale aus der Sicht des Feuilletonisten "ein wenig Farbe in das graue Gleichgewicht des pluralistischen Betriebes bringen" 23). Was hier Farbigkeit genannt wird, besteht häufig aus Indiskretionen, menschlicher Schwäche, Dementis, Verzögerungen, Ablenkungsversuchen und ähnlichen vordergründigen Taktiken, hinter denen dem politisch ungeübten Blick die wesentlichen Hintergründe nicht ohne weiteres erkennbar sind. Wenn dann politische Skandale ohne eine Lösung weiterschwelen oder von Interessenten am Schwelen gehalten werden, wie es für die Weimarer Republik symptomatisch war und wie es in unserer Zeit beispielsweise zur vorübergehenden Trübung des Images von Franz Josef Strauß geführt hat, dann ist die Bildungswirkung nach demokratischen Maßstäben negativ. Eine andere negative Bildungswirkung hängt mit dem Skandalmechanismus zusammen. Wenn das Ärgernis nicht aus einer öffentlichen Handlung oder Außerung entsteht, ist stets jemand nötig, der das überraschende Argernis aufdeckt. Wer immer einen Skandal enthüllt, wird als sein Motiv stets den Kampf um Recht und Sauberkeit angeben. Die anderen aber wissen, daß beispielsweise Journalisten und Zeitungen an Skandalen verdienen können, daß man durch einen Skandal den Machtkonkurrenten "abschießen" kann, daß die Drohung mit dem Skandal ein politisches Erpressungsmittel ist, daß sich also hinter dem moralischen Motiv häufig ökonomische oder machtpolitische Motive verbergen. In dem moralischen Unbehagen an dieser Haltung äußert sich etwas von

dem, was man mit der Meinung von der Politik als schmutzigem Geschäft bezeichnen kann. Außerdem spiegelt sich hier die traditionelle deutsche Empfindlichkeit gegenüber Kritik wider. Wenn dann noch eine - teilweise traditions- und bildungsmäßig bedingte - Abneigung gegen Konflikte hinzukommt, wird der "Aufdecker" politischer Ärgernisse leicht als Störenfried vermeintlich gesellschaftlicher Ordnung und Harmonie, als Zerstörer von tradierter Autorität mit entsprechendem Unbehagen betrachtet. Aus dieser Sicht gerät der "Enthüllende" in die Nähe der "nest-beschmutzenden", "zersetzenden" Intellektuellen, die nicht etwa nützlicherweise Mißstände, sondern Ordnung zersetzen wollen

Gegenüber diesen Negativa kann positiv-funktionale Bildungswirkung eines politischen Skandals eigentlich nur dann erwartet werden, wenn z. B. der Verantwortliche für das Ärgernis sofort demissioniert, wenn ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß sofort als wirksames Kontrollorgan tätig wird, wenn eine schnelle gerichtliche Klärung herbeigeführt oder wenn ein veraltetes Gesetz sofort novelliert wird. Und selbst in diesen Idealfällen ist die positive Bildungswirkung noch nicht garantiert. Das liegt an der Art der politischen Berichterstattung der Massenmedien, vor allem derjenigen, deren Existenz von der Auflagenhöhe abhängt. So tragen z. B. Zeitungen vom Typ "Bild" durch ihre weite Verbreitung im Falle eines politischen Skandals wesentlich zu dem plötzlich vergrö-Berten politischen Interesse bei. Im Gegensatz zur sonstigen apolitischen Berichterstattung behandeln sie nun vor allem die menschlichsensationelle Seite des Falles minutiös und dramatisch, so daß jedermann die "story" verstehen kann und entsprechend gern liest. Im Gegensatz zu diesen Vordergründigkeiten werden jedoch die für die Gesellschaft wesentlichen politischen Hintergründe des jeweiligen Skandals kaum analysiert und seine häufig erst später eintretenden politischen Folgen als Ergebnis einer der erwähnten Skandal-Funktionen kaum noch registriert. Die Berichterstattung über ein später ergangenes Urteil, einen Parlamentsbeschluß, eine Gesetzesänderung

der politischen Parteien, Bd. 17, Düsseldorf 1960; hier wird historisch und systematisch gezeigt, wie sich Skandale in der Parlamentspraxis niederschlagen.

²¹) Bertrand de Jouvenel, Politische Wissenschaft und Vorausdenken, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg. (1965), S. 10.

²²) Zitiert nach einer Notiz in: Der Spiegel, Nr. 47 v. 17. November 1965, S. 178.

²³) Christian Schütze, a. a. O., S. 33.

oder ähnliche Folgen ist meistens so kurz, daß sie nur für denjenigen Aussagekraft besitzt, der aus anderen Quellen politisch orientiert ist, 24). Politische Skandale bewirken also durch die Berichterstattung der Massenpresse während des stets befristeten "Erhitzungszustandes" ein gewisses Interesse, das man mit aller Vorsicht Bildungswirkung, besser Meinungsbildung, nennen kann. Auch wenn diese Meinungsbildung nur kurzfristig, emotional und oberflächlich ist oder bestehende Stereotypen verfestigt, so ist sie in einer demokratischen Gesellschaft dennoch politisch wirksam.

Dieser im Sinne einer politischen Bildung unbefriedigende Zustand, daß die breite Bildungswirkung politischer Skandale durch unpolitische Massenmedien einmal sehr oberflächlich ist und zum zweiten oftmals dann aufhört, wenn die gesellschaftlich positiven Funktionen des Skandals in Gang kommen, hängt mit dem Wesen dieser Zeitungen und Zeitschriften zusammen, die ja vorrangig Erwerbsunternehmen sind und nur in einer Nebenfunktion indirekt "politische Bildung" treiben können, wenn sie nicht Leser verlieren wollen. Ähnliches gilt für Rundfunk und Fernsehen, wenn man von speziellen Bildungsprogrammen à la Tele-Kolleg absieht. Immerhin ist ihre Wettbewerbslage durch technisches Monopol und Rechtsform erleichtert. drückt sich in engagierten oder differenzierenden politischen Sendungen (Magazinen) aus, wie sie sich keine Massenzeitung ohne Sorge vor Auflagenschrumpfung leisten zu können glaubt. Diese Medien haben also schon eher die Chance, auch die nicht so emotional anrührenden, also "langweiligen" Folgen politischer

Skandale zu behandeln. Wenn es noch selten oder unvollkommen gelingt, liegt es wahrscheinlich weniger an den Medien Funk und Fernsehen, sondern an Fähigkeit und Ausbildung der Programmgestalter.

Grundsätzlich stimmt also die These von Schütze: "Sobald der Angeschuldigte, vor dem Skandal flüchtend oder vom Skandal bedrängt, im Gebäude des ordentlichen Gerichts eingetroffen ist, ist der Skandal beendet." 25) Das Uberraschende, Sensationelle des Falles ist vorbei und damit auch die Bildungswirkung. Ob eine derartige Meinungsbildung durch politische Skandale zur hämischen Ablehnung des ganzen "Systems" führt wie in der Weimarer Ara oder zur Reflexion über mögliche bzw. nötige Verbesserungen des "Establishments", beruht neben dem Einfluß der Familie und anderen Gruppen vor allem auf zwei Faktoren. Den einen bilden die Massenmedien mit ihrer meistens kurzfristigen Bildungswirkung. Eine Anderung ihrer Informationspolitik in Richtung fundierter Information über einen politischen Skandal ist auf Grund des Artikels 5 des Grundgesetzes nicht zu erzwingen. Der andere Faktor, der die gesellschaftlichen Funktionen politischer Skandale erhellen könnte, ist die institutionalisierte politische Bildung. Es bleibt also die Frage, ob aus der mehr zufälligen Bildungswirkung politischer Skandale durch die Massenmedien nicht zu folgern ist, daß die etablierte politische Bildung sich des Phänomens politischer Skandal annehmen soll oder sogar annehmen muß, um daraus einen ihren demokratischen Bildungszielen entsprechenden Bildungswert zu errei-

V. Zum intentionalen Bildungswert politischer Skandale

Voraussetzung für eine derartige Aufgabe ist allerdings eine politische Anthropologie, die demokratischen Vorstellungen entspricht. Die eingangs zitierte These des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, wonach politische Bildungsbemühungen ohne die erzieherische Wirkung der handelnden Politiker scheitern müssen, ist für diese Aufgabe kaum die geeignete Grundlage. Denn zum Wesen der Demokratie gehört auch die Einsicht in die Fehlbarkeit des Menschen und ein entsprechendes Mißtrauen gegen die Machtinhaber mit all den daraus folgenden Kontrollmechanismen, die eine demokratische Ordnung relativ kompliziert erscheinen lassen. Aus dieser anthropologischen Sicht ist die Hoffnung auf lupenreine politische Vor- und

Leitbilder für die Bildungsarbeit vergeblich. Dennoch besteht zwischen politischer Praxis und politischer Bildung ein dialektisches Verhältnis. Es erscheint also trotz allem notwendig und sinnvoll, die handelnden Politiker immer wieder an ihre volkspädagogische Aufgabe und Verantwortung zu erinnern. Die Vertrauenskrise in der Bundesrepublik 1967/1968 mit dem Anwachsen radikaler Aktionen beruht wohl nicht zuletzt auf der Tatsache, daß die politisch Verantwortlichen diese Aufgabe

²⁵) Christian Schütze, a. a. O., S. 334.

²⁴) Das gilt selbst für das angeblich so politische Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", wo Folgen eines Skandals, den "Der Spiegel" aufgedeckt hat, später nur kurz auf der letzten Spalte der letzten Seite registriert werden.

aus den Augen verloren hatten, also sich bei den Bürgern zuwenig glaubhaft um Autorität bemühten.

Pädagogen, die den Konflikt als fundamentalen Prozeß des politischen Gemeinwesens erkannt haben, tragen diesem Menschenbild längst Rechnung. Dennoch haben auch sie politische Skandale weitgehend außer Betracht gelassen, weil es andere didaktisch aufschlußreiche Konfliktformen zur Behandlung in der politischen Bildung gibt. Diese Praxis ist verständlich, zumal die Sozialwissenschaften bisher keine Hilfsmittel für die Behandlung dieses politischen Phänomens geliefert haben. Andererseits trägt der Pädagoge durch dieses Nichtbehandeln ungewollt zur oft beklagten Realitätsferne der politischen Bildung, zur Diskrepanz zwischen den Vorstellungen von der Politik und der politischen Wirklichkeit bei und bereitet damit oft unbewußt den Boden für Ideen einer "perfekten", also diktatorischen Ordnung. Außerdem kann er Autorität und Glaubwürdigkeit bei seinen Hörern einbüßen, weil diese ja in der erwähnten Form durch die Massenmedien politisch vor "gebil-

Was hilft aus diesem Dilemma? Soll man historisch-politische "Chroniques scandaleuses" im Illustriertenstil behandeln, weil das menschlich interessant und spannend ist? Hier geht offensichtlich vor lauter Interessiertheit der politische Bildungsgehalt verloren. Immerhin könnte man sich in den Geschichts- und Zeitgeschichtsbüchern etwas mehr von den großen politischen Skandalen wünschen, die damals die Menschen erregt haben. Wie will man beispielsweise das Verhalten der Menschen in der Weimarer Republik verstehen, wenn man viel über den Notstandsartikel 48, aber nichts über die Barmat- und Sklarek-Skandale weiß? So bleibt eigentlich nur die Möglichkeit, in der politischen Bildung, die ja das Hier und Heute sowie die Zukunft behandelt und - im Gegensatz zur streng historischen Bildung — höchstens aus heutigem Blickwinkel die Vergangenheit heranzieht, politische Skandale als Einstieg, als Anreiz zu benutzen. Damit würde vor allem das bereits durch die Massenmedien geweckte Interesse fruchtbar gemacht werden. Wie aber soll es weitergehen, wenn man bei gegenwärtigen oder jüngstvergangenen politischen Skandalen relativ wenig, zumeist noch umstrittene und ungesicherte Tatsachen vortragen kann, da ja zum Wesen des Skandals auch häufig jene Prise von Geheimnissen, Behauptungen und Dementis, Emotionen und Aufbauschungen gehört — also alles Dinge, die mit Wissenschaftlichkeit und Objektivität kaum etwas gemein

haben! Verletzt nicht die Behandlung politischer Skandale im Unterricht die "in der Schule gebotene Neutralität" ²⁶)? Da ja Skandale häufig auch Instrumente des Machtkampfes sind, könnte die Gefahr bestehen, daß "Parteien-Hader" in die Schulklasse getragen wird.

Hinzu kommt eine Sorge über die politische Bildung, wie man sie vor allem bei manchen Geschichtslehrern findet. In ihrem Sinne hat Werner Klose zu bedenken gegeben: "Daß der Lehrer mehr wissen soll als seine Schüler, galt bisher als selbstverständlich. Hier hat man sich darüber hinweggesetzt. Die "Gemeinschaftskunde' gibt erstmals in der Geschichte des deutschen Gymnasiums dem Dilettantismus freie Bahn." 27) Es kann hier nicht untersucht werden, ob dieser "Dilettantismus" für die Heranbildung mündiger Bürger gefährlicher ist als die früher im nationalen Geschichtsunterricht oder in der "Staatsbürgerkunde" erlebte Indoktrination unter dem Mantel angeblicher Objektivität.

Grundsätzlich kann der Pädagoge in der politischen Bildung — im Gegensatz zu anderen Fächern — nicht immer "recht" haben, weil sein Fach auf die Gegenwart und Zukunft gerichtet ist. Wenn er sich nicht nur auf Institutionenkunde beschränkt, gibt es hier keine Patentlösungen, sondern offene Fragen, mögliche Alternativen, unterschiedliche Prioritäten — eben sehr viel Umstrittenes. Das macht die Aufgabe so schwierig, bedingt aber auch den besonderen Reiz dieses Faches.

Der Bereich des politischen Skandals ist nach meinen Erfahrungen ein geeignetes Beispiel für diese besondere politische Bildungsarbeit. Voraussetzung ist, daß es gelingt, aus dem jeweiligen Skandal mit seiner Fülle von Einzelheiten, Widersprüchen, Nebenlinien, Unklarheiten, Vordergründigkeiten usw. das herauszuarbeiten, was dahintersteckt, was wesentlich ist. Das ist nicht einfach. Denn bei fast jedem Skandal wirken mehrere persönliche und sachliche Probleme zusammen. Aber auch in anderen Bereichen ist der Pädagoge zur Auswahl, zum Exemplarischen gezwungen. Diese Notwendigkeit entkräftet auch den Vorwurf, die Behandlung derartiger Konfliktthemen, wie politische Skandale, führe zu

²⁶) Diese Neutralität wird gefordert im "Bericht über die Lage der Jugend und über die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe", vorgelegt am 14. Juni 1965, Bundestagsdrucksache IV/3515, S. 65

²⁷) Werner Klose, Eine Eins in Politik — Geschichtskenntnisse Null, in: Die Welt v. 18. Dezember 1967.

ähnlich unverbindlicher Plauderei wie die häufig kritisierte "Zeitungskunde".

Der Verfasser hat in einer besonderen Arbeit 28) zu zeigen versucht, daß selbst so heikle Fragen wie der aus der "DDR" manipulierte "Skandal" um Bundespräsident Lübke didaktisch fruchtbar mit den Grundproblemen und den möglichen Lösungsalternativen behandelt werden können, und zwar auch dann, wenn sie noch in der Schwebe, also strittig sind. Hierin unterscheidet sich die Arbeit des Pädagogen in der politischen Bildung grundsätzlich von der des Geschichtslehrers.

Auch der Einwand, es gäbe für derartige Bildungsarbeit kein methodisch-didaktisch aufbereitetes Material, ist nicht stichhaltig. Wenn man in der Materialfrage eine Trennung in Lesebuch und Grammatik vornimmt, dann liefern die großen politischen Tages- und Wochenzeitungen, mit denen sich ein Pädagoge des Faches Sozialkunde sowieso informiert halten muß, mehr als nur Tatsachen und Lesestoff. Hier findet er Kommentare, die den jeweiligen Skandal analysieren, Hintergründe, Vergleichbares und Grundsätzliches behandeln, also damit schon Elemente der Grammatik liefern. Die Einordnung des Einzelfalles in das Koordinatensystem des politischen Gemeinwesens ist sowieso notwendig gleichgültig, ob ein Skandal oder eine Institution behandelt werden —, falls die Bildungsarbeit nicht unkoordinierte Stoffanhäufung bleiben soll.

Politische Skandale, zu deren Wesen das Ärgernis eines mehr oder weniger großen Teiles der Offentlichkeit gehört, bieten als Katalysator politischer Bildungsarbeit noch einen Vorteil. Ihre Behandlung rollt die Fragen der Demokratie als Herrschafts- und Lebensform von der "Besorgnisseite" her auf 29). Das erscheint nicht nur realitätsnäher, es erweckt auch psychologisch besser das Interesse als die so häufig zu findende Betonung der "Zufriedenheitsseite". Wer letzteres in den Vordergrund pädagogischer Bemühungen stellt, muß wie beim Hase-Igel-Wettlauf vergeblich gegen das ankämpfen, was Erfahrungen außerhalb des Unterrichts, besonders durch die Massenmedien, an Vor- und Verbildungen in den Köpfen der Schüler anrichten. Man kann dem Pädagogen, der Ärgernisse beiseite läßt, unterstellen, daß er Angst habe, "heiße Eisen" anzupacken, und er wird entsprechend geringe Autorität besitzen. Weil sich erfahrungsgemäß Politisches in den Massenmedien vor allem von der "Besorgnisseite" her äußert, ist eine Beschränkung des Stoffes auf Institutionen und Theorien unmöglich und die Vermittlung alter obrigkeitsstaatlicher Harmonievorstellungen unglaubhaft 30). Mit derartigen Methoden wird man kaum den "Stolz auf den eigenen Staat" erreichen können, wie es jetzt neuerdings häufiger als Reaktion auf die Kollektivschuld- oder besser Kollektivscham-Ära der Nachkriegszeit gewünscht wird 31). Dagegen kann die Behandlung politischer Skandale - wie anderer Konflikte - sehr wohl derartigen "Stolz" erreichen, wenn nämlich Konflikte in ihrer entkrampfenden, reinigenden, den notwendigen Wandel herbeiführenden Funktion deutlich werden. Dieser Stolz ist dann - im Gegensatz zum mehr irrationalen Nationalgefühl - wesentlicher Bestandteil des Nationalbewußtseins. Zwar ist das jeweilige Ärgernis als Anlaß für einen Skandal dadurch nicht gerechtfertigt: dennoch kann die politische Bildung hier aus diesem Ärgernis etwas Nützliches machen.

Der Besorgnis-Aspekt bietet noch einen anderen didaktischen Vorteil. Bei der beliebten Methode, freiheitliche mit diktatorischen Herrschaftsformen zu vergleichen, hilft der Skandal-Aspekt mit seinen gesellschaftlichen Funktionen, die in Diktaturen andere und bisher keineswegs wirksamere Form der Konfliktregelung darzustellen. Die erwähnten unterdrückten oder manipulierten Skandale aus dem Dritten Reich bieten ein Beispiel, wie es in den sogenannten guten Zeiten dieser Ära hinter der Fassade von Ordnung und Sauberkeit wirklich aussah 32).

²⁸) Zu den Einzelheiten vgl. Hans-Joachim Winkler,

Der Bundespräsident, a. a. O., S. 45 ff.

29) So Walter Jacobsen, Zur Diskussion um die politische Bildungsarbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 4/1968, S. 25.

³⁰) Vgl. zur Kritik der "formierten Gesellschaft" als einer vorübergehenden Wiederbelebung des Harmoniedogmas Friedrich-Wilhelm Dörge, Harmonieglaube und Wirtschaftssteuerung, in: Gegenwartskunde, 16. Jg. (1967), S. 14 f., und Hans-Hermann Hartwich, ORDO-Modell und Konfliktgesellschaft, in: Gegenwartskunde, 15. Jg. (1966), S. 335 ff.

31) So z. B. der frühere Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Prof. Dr. Ernst, vor einem Seminar der Evangelischen Akademie Loccum, zitiert nach Lothar Weeser-Krell, Werbung mit neuen Aufgaben, in: Handelsblatt v. 1. Februar 1967.

³²⁾ Insofern ist die Kritik an Friedrich Percival Reck-Malleczewen (Tagebuch eines Verzweifelten, Stuttgart 1966), daß er nämlich zu stark die Skandale um die NS-Führungsclique unter die Lupe nehme, wo doch das System sowieso verrottet gewesen sei (so Rezension in; Neue Zürcher Zeitung v. 26. September 1966), nicht stichhaltig. Viele verurteilen heute zwar Kriegsverbrechen und Völkermord des Regimes, halten es aber ansonsten nach wie vor für ordnungsfördernd und "sauber". Vgl. dazu Hans-Joachim Winkler, Legenden um Hitler, Berlin 1962.

Sicherlich braucht der Pädagoge für die Behandlung politischer Skandale wie aller Kontroversen, in denen Emotionen mitschwingen und zu denen verschiedene Meinungen möglich sind, ein Maß "emotioneller Askese, die ihresgleichen sucht" 33). Hinzu kommt etwas, das auf Grund der notwendigerweise etwas autoritären Struktur des Schulsystems für einen Lehrer keineswegs selbstverständlich ist: pädagogischer und politischer Takt 34), Fairneß gegenüber Andersdenkenden - also das, was man zusammengefaßt demokratische Verhaltensweisen nennen könnte. Schon vom Thema her ist der Mittler politischer Bildung hier eher gezwungen, nicht nur Demokratie zu lehren, sondern sie auch zu leben.

Es könnte scheinen, als ob politische Skandale zwar ein Ärgernis sind, aber dennoch beinahe idealen Bildungswert hätten. Demgegenüber ist zu wiederholen, daß Skandale nur eine Form politischer Konflikte sind und daß die Behandlung anderer Konfliktformen, Streik, Parlamentsdebatte, Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht usw., wahrscheinlich besseren Bildungswert besitzt und außerdem einfacher ist. Wenn man jedoch davon ausgeht, daß pólitische Skandale in einer offenen Gesellschaft kaum ganz zu vermeiden sind und daß sie wegen ihres sensationellen, menschlichen Aspektes über die Massenmedien auch bei den sonst nicht politisch Interessierten eine relativ große Bildungswirkung haben, dann kann der Pädagoge an ihnen einfach nicht vorbeigehen, weil die Vermittlung von abstrakten Werten gegen die Bildungswirkung des politischen Geschehens und seinen Niederschlag in den Massenmedien auf die Dauer fruchtlos bleiben wird. Er ist gezwungen, nicht nur vertiefend und abstrahierend, sondern manchmal "ausgleichend" oder auch "gegensteuernd" zu arbeiten 35). Zwischen der Scylla, politische Bildung autoritär bzw. emotional zu indoktrinieren, und der Charybdis, nur rationale und damit unsichere Skeptiker heranzubilden, führt nur ein schmaler Weg.

Schließlich seien zum Bildungswert bei der Behandlung politischer Skandale noch zwei Aspekte genannt, die mit den erwähnten gesellschaftlichen Grundfunktionen politischer Skandale zusammenhängen. Der eine Wert scheint darin zu liegen, daß hier nicht auf das Vorbild der politisch Handelnden gewartet

Deutschen Ausschusses für das Erziehungsund Bildungswesen nahelegen könnte. Der Ausschuß hatte allerdings eingangs seiner Schlußthese festgestellt: "Politische Jugenderziehung ist die Voraussetzung guter Politik." 36) Hier wird etwas von der Interdependenz politischer Bildung und politischen Handelns angedeutet. Felix Messerschmid hat das noch klarer formuliert: "Politische Bildung wird nur wirksam sein, wenn sie sich als Teil der Politik begreift." 37) Politische Bildung an Hand konkreter Situationen und vor allem an Hand von Ärgernissen wie den Skandalen ist mehr als nur Ausgleich oder Gegensteuerung im Hinblick auf die Wirkung der Massenmedien. Fundierte und engagierte Meinungsbildung, das Lernen, mit Widersprüchen zu leben, die politische Wachheit und eine "Sensibilität" dafür, wann man als Bürger "gegebenenfalls nein sagen muß" 38), sind von politischer Wirkung. Sie können allmählich das gesellschaftliche Bewußtsein und damit auch das Verhalten der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verändern, sei es dadurch, daß diese weniger Anlässe für Skandale geben, sei es dadurch, daß eine kritische öffentliche Meinung eine schnelle demokratische Reaktion auf das jeweilige Ärgernis erzwingt.

wird, wie es die eingangs erwähnte These des

Der zweite spezielle Bildungswert bei der Behandlung politischer Skandale liegt darin, dem einzelnen das Gefühl des Ausgeliefertseins an einen undurchschaubaren politischen Mechanismus zu nehmen, ihn also nicht zum unbewußten, manipulierbaren Objekt von Skandal-Regisseuren degradieren zu lassen, sondern ihm zu helfen, konfliktbewußter, in diesem Falle also skandalsicher zu werden.

schen Bildung, in: Gesellschaft, Staat, Erziehung,

12. Jg. (1967), S. 220.

³⁶) Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und

14

38) Heinz Tietgens, a. a. O., S. 20.

³³⁾ Heinz-Dietrich Ortlieb, Vom Bildungswert sozialökonomischer Ordnungsprobleme, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 5. Jahr (1960), S. 28.

34) So Felix Messerschmid, Zum Stand der politi-

³⁵⁾ So Heinz Tietgens, Politische Bildung und Fernsehen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 27/1967, S. 28.

Bildungswesen, a. a. O., S. 48.

37) Felix Messerschmid, Zur politischen Bildungsaufgabe der Oberstufe der höheren Schule, in: Gesellschaft, Staat, Erziehung, 10. Jg. (1965), S. 96.

Das "preußische Beispiel" in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus

Wer dem "preußischen Beispiel" oder dem "Appell an das Preußentum" in der Propaganda und Politik des Nationalsozialismus nachspürt, sieht sich alsbald mitten in jener allgemeinen Diskussion über das Verhältnis von Nationalsozialismus und Preußentum, die nach dem großen Umbruch des Jahres 1945 im In- und Ausland so lebhaft geführt wurde und noch geführt wird. Überblickt man die zu diesem Thema erschienene Literatur — einschließlich ihrer zahlreichen publizistischen Ausläufer —, so erscheint zweierlei bemerkenswert:

1. Noch heute stehen sich in dieser Debatte — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — Ankläger und Verteidiger des Preußentums ziemlich unversöhnlich gegenüber. Auf der einen Seite behaupten die Ankläger, in Preußen lägen die Wurzeln des deutschen Untertanengehorsams, des deutschen Militarismus und des alle natürlichen und geschichtlichen Grenzen sprengenden nationalsozialistischen Imperialismus. Friderizianismus, Bismarckia-

nismus und Hitlerismus seien ihrem Wesen nach ein und dasselbe. Auf der anderen Seite beteuern die Verteidiger: die drei genannten Ismen hätten nichts miteinander gemein; von Friedrich dem Großen zu Bismarck führe kein Weg — und zu Hitler schon gar nicht.

2. Die vorliegenden Studien zum Thema Preu-Bentum und Nationalsozialismus ergehen sich zumeist in Jahrhunderte umspannenden historischen und typologischen Vergleichen. Nirgends jedoch findet man bisher, wenn man von gelegentlichen Hinweisen auf den "Tag von Potsdam" absieht, genauere Untersuchungen darüber, welche Rolle denn Preußen - das "preußische Beispiel", der "Appell an das Preußentum" — in der täglichen Propaganda und Politik des Nationalsozialismus gespielt hat. Diese Lücke zu schließen, soll das Ziel dieser Untersuchung sein. Ich folge dabei im wesentlichen dem Gang der Ereignisse von den Anfängen der NSDAP bis zum Untergang des Dritten Reiches.

Der Appell an das Preußentum in der "Kampfzeit" der Bewegung

Wenden wir uns zunächst der sogenannten Kampfzeit der nationalsozialistischen Bewegung zu. Wer in den Jahrgängen des Völkischen Beobachters oder in den Sammlungen früher Hitler-Reden blättert, stößt immer wieder auf das "preußische Beispiel". Im Kreise der "alten Kämpfer", in Parteiversammlungen und Wahlkundgebungen beschwört Hitler stets aufs neue das beispielgebende Vorbild des großen Preußenkönigs Friedrich. Er vergleicht die Lage der Partei mit der Preußens im Siebenjährigen Krieg: Wie damals das friderizianische Preußen, so sei heute die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei von einer Welt von Feinden umgeben; wie damals, seien heute Mut, Entschlossenheit, Beharrlichkeit, Standhaftigkeit vonnöten, dann werde sich der Sieg eines Tages schon an die eigenen Fahnen heften. Alle Zweifel, alles Zaudern, alles Zagen in den eigenen Reihen zerstreut Hitler immer wieder mit dem Hinweis auf den Erfolg, der dem Preußenkönig am Ende seines Ringens beschieden war.

Aus den sonst nicht sehr ergiebigen Memoiren eines alten Parteigenossen, Ernst Hanfstaengl, wissen wir, daß Hitler in den frühen zwanziger Jahren mit einer Besessenheit sondergleichen Schriften von und Werke über Friedrich den Großen las. Wie hoch Hitlers engste Umgebung diese Vorliebe für Preußens großen König einschätzte, zeigt u.a. auch die Tatsache, daß man sich in Krisensituationen der Partei zur Bekräftigung des eigenen Standpunktes gern auf Friedrich den Großen berief, weil man hoffte, dann noch am ehesten bei Hitler Gehör zu finden. So wandte sich beispielsweise Gottfried Feder, der "Parteiideologe" der Frühzeit, in einem erstmals 1958 bekanntgewordenen Brief vom August 1923 an Hitler. Er unterbreitete darin Vorschläge zur Neuorganisation der Partei, insbesondere der Führungsspitze. In aller Schärfe rügte er die Anarchie in Hitlers Zeiteinteilung, unmißverständlich kritisierte er Hitlers Fernbleiben von den Besprechungen der führenden Parteileute. Zum Zwecke strafferer Organisation und besserer Planung der Parteiarbeit schlug er den Aufbau eines "geistigen Generalstabes" vor. Wörtlich mahnte er Hitler: "Wenn wir Ihnen gerne die Ehre einräumen, der Erste zu sein, so doch nur der Erste unter sonst Gleichen und Freien ... Wir wollen im Geiste Friedrichs des Großen Diener des Staates sein; wir räumen Ihnen gerne die erste Stelle ein, aber für tyrannische Neigungen haben wir kein Verständnis."

Das "preußische Beispiel" apostrophiert Hitler nicht nur in seinen zahllosen Reden, sondern ebenso in seinen beiden literarischen Werken aus der "Kampfzeit": in seinem Buch "Mein Kampf" wie in dem erst 1961 veröffentlichten sogenannten "Zweiten Buch", das Hitler im Sommer 1928 als Ergänzung zu den außenpolitischen Partien seines Hauptwerkes verfaßte, das aber dann auf seinen eigenen Wunsch nicht publiziert wurde. In beiden Werken zollt er den großen Gestalten der preußischen Geschichte, insbesondere Friedrich dem Großen, seine Bewunderung. Er rühmt an ihm die Bereitschaft, im Interesse des Staates Risiken auf sich zu nehmen (etwa beim Einmarsch in Schlesien 1740); er preist das immer erneute Wagnis, die "Unsicherheit des Erfolgs" durch das "Ubermaß von Genialität", durch "Kühnheit" und "Entschlossenheit" der Anordnungen zu ersetzen.

Kurzum: der Preußenkönig liefert durch seine Erfolge den Beweis dafür, daß Entschlußkraft und Willensstärke jederzeit über einen materiell überlegenen Gegner triumphieren können. Eine Erkenntnis oder — sagen wir besser — ein Bekenntnis, an dem Hitler, wie wir noch sehen werden, bis zum bitteren Ende festgehalten hat.

Was war nun nach Hitlers Auffassung die "geschichtliche Leistung" Preußens, an die er anzuknüpfen gedachte? Es war, um seine eigenen Worte zu gebrauchen "die Erwerbung und Durchdringung des Gebietes östlich der Elbe" und "die von den Hohenzollern betätigte Organisation des brandenburgisch-preußischen Staates". Oder in anderen Worten: Gewinnung des "Lebensraums im Osten" und "Züchtung eines besonderen Staatsgedankens" der — von der Wehrpflicht der ganzen Nation ausgehend — durch Disziplinierung und Militarisierung des gesamten Volkes die Einheit aller Deutschen verwirklichte.

Gewiß war Hitler — wie übrigens die meisten der führenden Nationalsozialisten — kein Preuße von Geburt, aber desto mehr "Wahlpreuße von Gesinnung, nämlich insofern ihn

das preußische Machtwesen in seinen Bann geschlagen hatte", wie Ludwig Dehio es einmal formuliert hat. In der ganz andersgearteten nationalen Mischwelt Österreichs groß geworden, fühlte er sich nach seinem eigenen Bekenntnis schon früh zum "Preußentum", wie er es verstand, hingezogen, und es verdient wohl festgehalten zu werden, daß er späterhin in den altpreußischen Teilen des Reiches seinen stärksten materiellen und moralischen Rückhalt gefunden hat, wie die Abstimmungsziffern der letzten noch freien Wahlen etwa zeigen. Mit seinem traumwandlerischen Instinkt für Massenwirkungen bediente sich Hitler schon früh des Appells an das Preußentum, an die Tugenden der Sparsamkeit, der Aufopferung, des Dienstes, des Gehorsams und der Disziplin, als eines der wirksamsten Propagandamittel zur Durchsetzung seines Systems der Gewalt. "Unter bewußter Vernachlässigung anderer Stammesmotive spielte er geschickt und mit Erfolg auf dieser Klaviatur preußischer Ideen und Gefühle, sekundiert von den Preußen oder Wahlpreußen innerhalb seiner wachsenden Gefolgschaft" (Hagemann). Schon in der "Kampfzeit" der Bewegung verstand es Hitler, die Illusion zu erwecken und zu verbreiten, als ob er der einzige Erbe und Treuhänder altpreußischer Überlieferungen sei.

Keiner aus dem Kreise seiner engsten Gefolgsleute hat ihn dabei wirksamer unterstützt als Joseph Goebbels, der sich im September 1926 unter dem Eindruck eines Besuches in Sanssouci dazu entschloß, den ihm zunächst gar nicht zusagenden Posten des Gauleiters von Berlin zu übernehmen und der dann als Reichspropagandaleiter der NSDAP seit 1929 wie kein zweiter die preußische Werbetrommel für die Sache der Nationalsozialisten rührte. Es würde einer eigenen Untersuchung bedürfen, um die diabolische Geschicklichkeit, die rhetorische und stilistische Meisterschaft vorzuführen, mit der Goebbels in ungezählten Reden und Aufsätzen seinen "Appell an das Preußentum" variierte und in immer neuen Formulierungen die These verkündete, Nationalsozialismus sei Preußentum und Preußentum sei Nationalsozialismus.

Stellvertretend für eine große Zahl ähnlicher Zeugnisse seien hier einige Sätze aus einem Artikel zitiert, den Goebbels im "Angriff" am 20. April 1932 zu den preußischen Landtagswahlen unter der Überschrift "Preußen muß wieder preußisch werden" veröffentlichte. In zwanzig Sätzen definierte er darin seine Vorstellungen vom "Preußentum" — Sätze, die jeder Preuße freudigen Herzens unterschrei-

ben konnte, deren Unaufrichtigkeit und Verlogenheit erst in zwölf Jahren nationalsozialistischer Staatspraxis für jedermann sichtbar und fühlbar wurden. Ich zitiere:

- "1. Der Staat soll erster Diener des Volkes und der höchste Beamte erster Diener des Staates sein.
- 3. (Der Staat) muß verwaltet werden von einem sauberen, korrekten Berufsbeamtentum, das sich freihält von Korruption und Parteibuchbonzen
- 5. Die Erziehung des Volkes in preußischdeutschem Sinne muß höchste Pflicht des Staates sein.
- 8. Das Volk ist nicht für die Organe des Staates, die Organe des Staates sind für das Volk da.
- 9. Die innere Sicherheit des Staates ruht, wie seit je in Preußen, nicht auf den Bajonetten und Gummiknüppeln, sondern auf der Liebe und Anhänglichkeit seiner Bürger.
- 15. Die Justiz ist eine Pflegestätte der Gerechtigkeit. Sie hat sich freizuhalten von parteipolitischen Einflüssen und muß unbeirrbar urteilen gegen hoch und niedrig.
- 16. Die Verwaltungsorgane haben gegen jedermann strengste Objektivität walten zu las-

sen. Die Freiheit der Meinung und des Geistes wird vom Staate aus gewährleistet.

20. Preußen ist das Kernland des Reiches. Von ihm aus soll und wird die Wiedergeburt der deutschen Nation ausgehen. . . . "

Und abschließend: "Wir stehen mit festen Füßen auf der großen preußischen Vergangenheit. Wir wollen es nicht zulassen, daß die Tradition unserer preußischen Geschichte endgültig verlorengeht. Wir wollen sie aus dem Schutt der Gegenwart herausheben und sie in eine bessere Zukunft hinüberretten."

In einer etwa gleichzeitig, nämlich Mitte April 1932 gehaltenen Wahlrede hat Goebbels die Geistesverwandtschaft, ja Identität zwischen Preußentum und Nationalsozialismus noch um einige Grade deutlicher zum Ausdruck gebracht. Er sagte: "Der Nationalsozialismus darf mit Fug und Recht von sich behaupten, daß er Preußentum sei. Wo immer wir Nationalsozialisten auch stehen, in ganz Deutschland sind wir die Preußen. Die Idee, die wir tragen, ist preußisch. Die Wahrzeichen, für die wir fechten, sind von Preußengeist erfüllt, und die Ziele, die wir zu erreichen trachten, sind in verjüngter Form die Ideale, denen Friedrich Wilhelm I., der große Friedrich und Bismarck nachstrebten."

Die Berufung auf das "preußische Beispiel" unmittelbar nach der "Machtergreifung"

Der kurze Rückblick auf die "Kampfzeit" der Bewegung hat uns an der Person ihres "Führers" und an der des "Propagandaleiters" gezeigt, welche große Bedeutung dem "Appell an das Preußentum", dem feierlichen Beschwören des "preußischen Beispiels", insbesondere in der Gestalt des großen Friedrich, bereits in der Frühzeit der NSDAP zukommt. Es besteht kein Zweifel, daß der "Appell an das Preußentum" neben den antibolschewistischen Parolen zu den zugkräftigsten Losungen der nationalsozialistischen Propaganda gerechnet werden muß. Dessen war sich Goebbels wohl bewußt. Bereits am Abend des 30. Januar 1933 ließ er die fackeltragenden Kolonnen seiner Berliner SA unter den Klängen des Fridericus-Marsches in die Wilhelmstraße einmarschieren. Aber noch standen der greise Reichspräsident, in dessen Gestalt sich für die Massen des Volkes die preußische Tradition deutscher Geschichte verkörperte, und der junge Reichskanzler als Führer der nationalsozialistischen Bewegung getrennt an den Fenstern

ihrer Amtszimmer und schauten auf die vorbeiziehenden Kolonnen herab. Die Presse des Auslandes sparte nicht mit lakonischen Kommentaren ob dieser für jedermann deutlich erkennbaren "Distanz". Sie für alle Welt und vor aller Welt sichtbar zu überbrücken, war Goebbels nächstes Ziel.

Keine zwei Monate sollten vergehen, da reichten nach der Regieanweisung des neuernannten Reichsministers für Propaganda und Volksaufklärung der Repräsentant des alten Preußen und der Kanzler des neuen Deutschland in der Garnisonkirche zu Potsdam einander über den Gräbern der Preußenkönige die Hand! Es war Goebbels Einfall gewesen, den am 5. März 1933 neugewählten Reichstag feierlich mit einem Staatsakt in der Garnisonkirche zu Potsdam, der nationalen Weihestätte des Preußentums, zu eröffnen. Schon das für diesen Staatsakt gewählte Datum des 21. März verwies beziehungsreich auf das preußische Beispiel und Vorbild: am 21. März hatte Bis-

marck vor 62 Jahren den ersten Deutschen Reichstag eröffnet. Bis in die kleinsten Einzelheiten hinein plante und überwachte Goebbels die Vorbereitungen für die Potsdamer Feier, die nach seinem Willen zum erstenmal "im Stil nationalsozialistischer Formgebung" abgehalten werden sollte. Endlich hatte er Gelegenheit, auf großer Bühne, mit historischer Kulisse, vor den Augen und Ohren der Welt die Vereinigung von Nationalsozialismus und Preußentum zu demonstrieren und dem Regime seines Führers die geschichtliche Weihe zu geben.

Er ist geradezu besessen von dieser Aufgabe und notiert vier Tage vor dem Staatsakt in seinem Tagebuch: "Die Nation muß an diesem Tage teilnehmen. Ich arbeite das Projekt bis tief in die Nacht hinein in allen Einzelheiten durch, rufe in einem kurzen Aufruf die Nation zur Teilnahme auf und tue alles, um diesen feierlichen Staatsakt unverlöschlich in das Gedächtnis der lebenden Generation einzuprägen." In seinem Aufruf an das deutsche Volk spricht Goebbels von dem "geheiligten Boden von Potsdam" — von Potsdam als der Stadt, "in der das unsterbliche Preußentum die Grundlage zu der späteren Größe der deutschen Nation gelegt hat". Das Rundfunkprogramm aller deutschen Sender wird aus Anlaß des Staatsaktes zum erstenmal "gleichgeschaltet": Nicht nur der Staatsakt als solcher wird von allen Sendern übertragen und im ganzen deutschen Land in "Gemeinschaftsempfängen" mitgehört. Sorgfältig ausgesuchte Rundfunksprecher, darunter der Reichsjugendführer der NSDAP, Baldur von Schirach, geben laufend Stimmungsberichte über den Festtaumel in der preußischen Garnisonstadt. Eingestreute Funkdichtungen und preußische Armeemärsche vom Hohenfriedberger Marsch bis zum Yorck-Marsch von 1813 - tragen Sorge, daß der "Geist von Potsdam" in allen Schichten des Volkes zu neuem Leben erweckt wird.

Das Innere der Garnisonkirche ist mit frischem Lorbeer ausgeschlagen; von den Kirchenpfeilern grüßen die ruhmreichen Fahnen der preußischen Armee; in der festlich geschmückten Kaiserloge nimmt hinter dem freibleibenden Sessel des Kaisers der Kronprinz Platz. Beide, Hindenburg und Hitler, beschwören in der Feierstunde den "Geist des alten Preußen". Der Reichspräsident, dem das von Goebbels inszenierte Schauspiel zunächst gar nicht behagte, mit den mahnenden Sätzen: "Der Ort, an dem wir uns heute versammelt haben, mahnt uns zum Rückblick auf das alte Preußen, das in Gottesfurcht durch pflichttreue Arbeit, nie verzagenden Mut und hingebende

Vaterlandsliebe groß geworden ist ... Möge der alte Geist dieser Ruhestätte auch das heutige Geschlecht beseelen." Der Reichskanzler in den Schlußworten seiner, die deutsche Sprache in Wortwahl und Grammatik strapazierenden Erwiderung: "Möge uns dann aber auch die Vorsehung verleihen jenen Mut und jene Beharrlichkeit, die wir in diesem für jeden Deutschen geheiligten Raum um uns spüren, als für unseres Volkes Freiheit und Größe ringende Menschen zu Füßen der Bahre seines größten Königs."

Die Wirkung dieses wohldurchdachten und glänzend inszenierten Schauspiels war außerordentlich; selbst Hindenburg, der dem Staatsakt zunächst ablehnend gegenübergestanden hatte, wurde völlig in seinen Bann geschlagen. Der Gesamteindruck ist wohl am besten in dem allerdings von Selbstbespiegelungen nicht freien Tagebucheintrag festgehalten, den Goebbels unter dem 22. März vornahm. Dort heißt es: "Am Schluß sind alle auf das tiefste erschüttert. Ich sitze nahe bei Hindenburg und sehe, wie ihm die Tränen in die Augen steigen. Alle erheben sich von ihren Plätzen und bringen dem greisen Feldmarschall, der dem jungen Kanzler seine Hand reicht, jubelnde Huldigungen dar. Ein geschichtlicher Augenblick. Der Schild der deutschen Ehre ist wieder rein gewaschen. Die Standarten mit unsern Adlern steigen hoch. Hindenburg legt an den Gräbern der großen Preußenkönige Lorbeerkränze nieder. Draußen donnern die Kanonen. Nun klingen die Trompeten auf, der Reichspräsident steht auf erhöhter Ballustrade, den Feldmarschallstab in der Hand, und grüßt Reichswehr, SA, SS und Stahlhelm, die an ihm vorbeimarschieren. Er steht und grüßt. Uber all dem liegt die ewige Sonne, und Gottes Hand steht sichtbar segnend über der grauen Stadt preußischer Größe und Pflicht."

"Gottes Hand sichtbar segnend über der grauen Stadt preußischer Größe und Pflicht" - mit dieser pathetischen Formulierung spielt Goebbels auf ein weiteres Moment der Potsdamer Feier an, das man nicht übersehen sollte, wenn man die gewaltige Wirkung des 21. März 1933 auf weite Kreise auch der nichtnationalsozialistischen deutschen Offentlichkeit recht begreifen will. Es war Goebbels mit dem Tag von Potsdam nicht nur gelungen, über den Gräbern der Preußenkönige die nationalsozialistische Bewegung und ihren jungen Kanzler als legitimen Erben der altpreu-Bischen Tradition der deutschen Geschichte erscheinen zu lassen; es fehlte diesem Akt auch nicht die kirchliche Weihe. Der "Nationalversammlung" in der Potsdamer Garnisonkirche

18

(so wurde der Staatsakt des 21. März 1933 schon bald in der nationalsozialistischen Publizistik genannt) waren Gottesdienste vorausgegangen: für die protestantischen Mitglieder des Reichstags, der Reichsregierung und des Diplomatischen Korps in der Nicolaikirche und für die katholischen Regierungs- und Reichstagsmitglieder und Diplomaten in der katholischen Pfarrkirche. Der protestantische Festgottesdienst stand unter dem Bibelwort: "Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?" Auch für den Staatsakt selbst hatte Goebbels auf eine christliche Einrahmung nicht verzichtet. Zu Beginn sang der Staats- und Domchor den aus dem 16. Jahrhundert stammenden Choral "Nun lob, mein Seel, den Herren"; und am Schluß erklang als Orgelspiel das Niederländische Dankgebet "Wir treten zum Beten vor Gott, den Gerechten".

Mochte auch die ausländische Presse, die z. T. recht ausführlich über den Tag von Potsdam berichtete, in unfreundlichen und kritischen Stellungnahmen von der "geräuschlosen Beerdigung der Demokratie" und vom feierlichen "Begräbnis des deutschen Parlaments" sprechen - dies war keineswegs die im deutschen Volk vorherrschende Stimmung! Der von Goebbels intonierte Dreiklang "Preußentum-Nationalsozialismus-Christentum" ein gewaltiges, gewiß nicht nur spontanes, sondern auch organisiertes Echo. In allen Garnisonstädten wurden Feldgottesdienste abgehalten, in denen fürbittend des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers gedacht wurde; sie wurden zumeist - wie z.B. auf dem Kämpfrasen bei Marburg - eingeleitet mit dem Choral "Großer Gott, wir loben Dich" und schlossen zum Gedenken an Friedrich den Großen mit dem Choral von Leuthen.

Der Dreiklang "Nationalsozialismus-Preußentum-Christentum" beherrschte die sogenannten "nationalen Kundgebungen", die im ganzen Reich bis hin in die kleinsten Dörfer veranstaltet wurden. Abschluß und Höhepunkt dieser örtlichen Feiern bildete jeweils ein Fakkelzug, an dem sich nicht nur die Formationen und Verbände der Partei, sondern alle "nationalgesinnten" Vereine beteiligten. In der Universitätsstadt Marburg gehörten dazu, wie der Korrespondent der Oberhessischen Zeitung berichtet, nicht nur die Vereinigten Kriegervereine, Jäger-, Schützen- und Marinevereine, nicht nur die Chargierten der einzelnen Korporationen, nicht nur die Marburger Polizei, nicht nur die Schulen, die Sport- und Turnvereine der Stadt, sondern auch die Evangelische Jungenschaft (BK), der christliche Verein junger Männer, das Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes, die Postbeamtenvereinigung, der Innungsausschuß sowie der Bäcker- und Metzgergesellenverein "in zunftmäßiger Kleidung". Der Fackelzug hob sich, wie der Chronist bemerkt, "weit über das rein Parteimäßige hinaus" und war "so ganz auf den Gedanken der Einheit des Volkes gestellt". Eine Feststellung, die gewiß nicht nur für die Stadt Marburg zutraf.

In Wehrda, einem kleinen Vorort Marburgs, war das ganze Dorf auf den Beinen. An den Ufern der Lahn brachte der Gesangvereinnach einem zeitgenössischen Bericht — "mit abgestimmter Feinheit" den Choral "Lobe den Herren" und ein Matrosenlied zu Gehör. Am Abend bewegte sich der Fackelzug, die Schulkinder voran, nach Hebron; dort sang man gemeinsam mit den Schwestern und Anstaltsinsassen das Horst-Wessel- und das Deutschlandlied. In den Marburger Stadtsälen wurde wenige Tage später, am 24. und 25. März, die Symbiose zwischen Nationalsozialismus und Preußentum sogar auf der Bühne gefeiert. Die "Fridericus-Festspiele" — eine historische Revue mit Musik in 20 Bildern aus dem Leben des Großen Königs - kamen zur Aufführung; ein Szenenbild, das man in der Oberhessischen Zeitung vom 25. März 1933 abgebildet findet, zeigt Friedrich und seine Umgebung in historischen Kostümen vor dem Schloß Sanssouci; der Fahnenträger allerdings hat seine alt-preußische Standarte gegen eine Hakenkreuzfahne ausgewechselt!

Genug der Beispiele, die sich leicht vermehren ließen (eine reiche Fundgrube hierfür sind nicht nur die lokalen Tageszeitungen, sondern auch die für die Meinungsspiegelung und Meinungsbildung in den Landgebieten so außerordentlich wichtigen, aber von der Forschung bisher kaum genutzten christlichen Sonntagsblätter). Sie sind hier nicht um ihrer selbst willen angeführt worden, sondern sollen dazu dienen, wenigstens einen flüchtigen Eindruck davon zu vermitteln, wie der von Goebbels mit dem Tag von Potsdam inszenierte "Appell an das Preußentum" in weiten Kreisen einen äußerst lebhaften Widerhall fand, nicht zuletzt im jüngeren Offizierskorps der Reichswehr, etwa auch bei Henning von Tresckow und Graf Stauffenberg, später führende Köpfe der Widerstandsbewegung und unerbittliche Gegner Hitlers. Angesprochen waren vor allem auch die deutschnationalen und konservativen Kreise. Selbst ein Oswald Spengler, der im übrigen dem Nationalsozialismus durchaus kritisch gegenüberstand, schrieb unter dem Eindruck der Potsdamer Feier: "Der nationale Umsturz von 1933 war etwas Gewaltiges und wird es in den Augen der Zukunft bleiben, durch die elementare, überpersönliche Wucht, mit der er sich vollzog, und durch die seelische Disziplin, mit der er vollzogen wurde. Das war preußisch durch und durch, wie der Aufbruch von 1914."

Seibstverständlich tat Goebbels alles, um — wie er es in seinem Tagebucheintrag vom 17. März formuliert hatte — den Tag von Potsdam "unverlöschlich in das Gedächtnis der lebenden Generation einzuprägen". In Wort und Bild, in Funk und Film wurde das Ereignis für die Nachwelt festgehalten. Neben Sonderbriefmarken mit dem Bildnis Friedrichs des Großen erschien auf dem deutschen Propagandamarkt jenes fatale, als Radierung mon-

tierte Triptychon, das Hitler in Feldherrnpose, flankiert vom "Alten Fritz" und vom "Eisernen Kanzler", verherrlichte und das vor allem auch bei der nicht ausgesprochen nationalsozialistischen Oberschicht als Zimmerschmuck beliebt war, weil es Hitler nicht als SA-Chef in schlechtsitzenden Braunhemd, sondern als historisch-legitimierten "Obersten Kriegsherrn" vorführte. Zum Jahrestag der Potsdamer Feier, zum 21. März 1934, wurden 5 Millionen Zwei-Mark-Stücke und 4 Millionen Fünf-Mark-Stücke mit dem Bild der Garnisonkirche von Potsdam geprägt. Den Deutschen wurde so bei ihren Zahlungsgeschäften die Vereinigung von Preußentum und Nationalsozialismus ins Gedächtnis gerufen.

Das "preußische Beispiel" beim Ausbau der innerstaatlichen Machtstellung 1933—1938

Wir verlassen damit den "Tag von Potsdam", der von der Geschichtswissenschaft des In- und Auslandes häufig als lächerliche "Rührkomödie" abgetan wird, dem aber für die Ausbreitung und Verfestigung des Nationalsozialismus im deutschen Volk eine kaum hoch genug zu veranschlagende Bedeutung zugemessen werden muß, und wenden uns nun der Frage zu, welche Rolle das "preußische Beispiel" beim innerstaatlichen Machtaufbau und -ausbau in den Jahren 1933 bis 1938 gespielt hat.

Nächst Goebbels war es Hermann Göring, der als Präsident des Deutschen Reichstages und dann — seit dem 11. April 1933 — als preußischer Ministerpräsident immer aufs neue das "preußische Beispiel" beschwor und jede Gelegenheit nutze, den Nationalsozialismus als einzigen legitimen Erben altpreußischer Tradition zu erweisen. Schon in seiner Rede, mit der er am Nachmittag des 21. März 1933 den neuen Reichstag in der Kroll-Oper eröffnete, hatte Göring die mit dem Gang nach Potsdam eingeschlagene politische Stoßrichtung unmißverständlich verkündet: "Nun ist Weimar überwunden ... Wir sind nach Potsdam gegangen, weil wir der Welt zeigen wollen, daß der Geist von Potsdam in Zukunft auch uns erfüllt." Potsdam sollte an die Stelle von Weimar treten — das war das politische Programm. Was Göring und die führenden Nationalsozialisten meinten, wenn sie von der Wiedererweckung des "Geistes von Potsdam" sprachen, war nichts anderes als: Beseitigung auch der letzten Reste demokratischer Staatsgestaltung durch eine autoritäre nationalsozialistische Staatsführung im Reich und in den Ländern. Auf diesem Weg sollte Preußen, wie Hermann Göring am 18. Mai 1933 vor dem preußischen

Landtag ausführte, den übrigen Ländern vorangehen; hier liege die "deutsche Mission",
die Preußen im Dienste des Reiches noch zu
erfüllen habe. Das preußische Ermächtigungsgesetz vom 18. Mai, das Gesetz über den
Preußischen Staatsrat vom 8. Juli und über die
Provinzialräte vom 15. Juli 1933 brachten auch
auf dem Papier das Ende des Parlamentarismus und der lokalen Selbstverwaltung in
Preußen.

Den Sieg des autoritären Führerprinzips feierte Göring - der in seinen Mußestunden in fiktiven Ahnentafeln seine Familie direkt mit Friedrich dem Großen verband - in Anlehnung an den "Tag von Potsdam" am 15. September 1933 mit einem Staatsakt in der neuen Aula der Berliner Universität; wie der Staatsakt in der Garnisonkirche der Eröffnung des Reichstags voranging, so sollte dieser Staatsakt der ersten Sitzung des neuernannten preußischen Staatsrats vorangehen. Wieder wird die preußische Vergangenheit, das preußische Vorbild und Beispiel zur Rechtfertigung und Glorifizierung der eigenen Handlungsweise heraufbeschworen: Am Morgen des 15. September fährt Göring in die Reichskanzlei, um seinem Führer im Namen der preußischen Regierung fünf der schönsten und wertvollsten Siegelstempel aus dem Geheimen Staatsarchiv in silbernen Abgüssen zu überreichen. In seiner Festrede betont Göring in Anwesenheit fast des gesamten diplomatischen Korps, die Bedeutung des Tages liege darin, daß mit der Schaffung des neuen Staatsrates in Preußen der Grundstein zu einer "wahrhaft nationalsozialistischen Staatsverfassung" gelegt sei; Preußen habe damit den wichtigsten Schritt

B 27 20

zur Vollendung des Dritten Reiches bereits getan. Wie in Potsdam, so schließt auch dieser feierliche vom Rundfunk übertragene Staatsakt mit dem Niederländischen Dankgebet. Als Zeichen der Verbundenheit des neuen mit dem alten Preußen legt Göring am Reiterstandbild Friedrichs des Großen Unter den Linden einen Kranz nieder. Am nächsten Tage, bevor die erste Arbeitssitzung des Preußischen Staatsrates beginnt, fährt er in brauner Parteiuniform zur Potsdamer Garnisonkirche, um am Grabe Friedrichs des Großen einen Lorbeerkranz niederzulegen. Er trägt die Widmung: "Preußens großem König, Feldherrn und Staatsmann in Ehrerbietung und unauslöschlicher Treue".

In zahlreichen Reden spricht Göring in den nächsten Jahren von der "ewigen Ethik des Preußentums" und feiert seinen Führer als "echten Preußen". Umgekehrt scheut er sich auch nicht, Friedrich den Großen den "ersten Nationalsozialisten auf dem preußischen Thron" zu nennen. In seiner Sportpalast-Rede zum Vierjahresplan vom 28. Oktober 1936 rief er aus: "Ein gewaltiges Programm ... Jeder soll daran beteiligt werden ... Aber, meine lieben Volksgenossen, das kann nur sein, wenn auch Ihr, jeder einzelne von Euch, mit alten Vorstellungen brecht, wenn Ihr endlich diese alte, aus Jahrhunderten überkommene ewige Scheu vor dem Neuen beseitigt. Das war schon bei unseren Vorfahren so, als sie einmal keine Kartoffeln pflanzen wollten. Es hat aber damals schon einen Nationalsozialisten auf dem preußischen Thron gegeben, der dem preußischen Volk beibrachte, diese Frucht zu pflanzen." Friedrich der Große als geistiger Ahnherr des Vierjahresplans — diese These fand in der nationalsozialistischen Publizistik, etwa in den Schulungsbriefen der Partei, ein lebhaftes Echo.

Eine hervorragende Rolle spielte das "preußische Beispiel" auch für den Schöpfer der SS,

Heinrich Himmler. Von Geburt Bayer, war er doch, wie wir nicht nur aus den Memoiren seines Leibarztes Kersten wissen, ein ausgesprochener Anhänger und Verehrer der preußischen Könige, insbesondere des Soldatenkönigs und Friedrichs des Großen. Er sah in der preußischen Armee "die erste große Schule absoluter Disziplin", das — sicherlich einseitig ausgedeutete - Vorbild für die zum Lebensprinzip seiner SS-Truppen erhobene Forderung des "bedingungslosen Gehorsams". Auf den Ordensburgen und Junkerschulen der SS nahm die preußische Geschichte einen hervorragenden Platz im historischen und politischen Unterricht ein. Oft hörte man Himmler sagen: "Friedrich der Große hätte in einem solchen Fall folgendes getan." Ein angesehener deutscher Staatsrechtler zog in einem Aufsatz über das Verhältnis von Polizei und SS durchaus ernstgemeinte Parallelen zwischen dem Führerkorps Heinrich Himmlers und dem Offizierskorps Friedrichs des Großen.

Das "preußische Beispiel" wurde aber nicht nur in den Reden führender Nationalsozialisten, nicht nur im internen Dienstbetrieb der Partei und ihrer Gliederungen immer wieder apostrophiert, die Machthaber des Dritten Reiches legten großen Wert darauf, auch dem Ausland gegenüber die Verbindung von Nationalsozialismus und Preußentum immer erneut zu demonstrieren. Dazu mußten die sogenannten Staatsakte herhalten, zu denen jeweils das gesamte diplomatische Korps eingeladen war. Gern führte man befreundete Staatsmänner nach Potsdam und ließ sie an den Särgen der Preußenkönige einen Kranz niederlegen. Im Dienste solcher Demonstrationen stand auch der 50. Geburtstag Hitlers: Das höhere Führerkorps der Partei - nahezu 1600 Mann, angetreten im Mosaiksaal der Reichskanzlei — überreichte als einzige Geburtstagsgabe 50 Originalbriefe Friedrichs des Großen.

Friedrich der Große als "Garant des Sieges" im Zweiten Weltkrieg

Nach alledem nimmt es nicht wunder, daß das "preußische Beispiel" im Denken Hitlers einen so wichtigen Platz gerade in den Jahren des Zweiten Weltkrieges einnimmt. Je aussichtsloser die militärische und politische Lage wurde, desto leuchtender erstrahlte die siegverheißende Gestalt Friedrichs des Großen als beispielgebendes Vorbild für zähes Aushalten in scheinbar ausweglosen Situationen. Schon in den Kriegsplänen, wie Hitler sie im November 1937 vor den Oberbefehlshabern der Wehrmachtsteile in Anwesenheit des

Reichswehrministers und des Außenministers entwickelte, spielt der Hinweis auf das preußische Beispiel eine bedeutsame Rolle. Hitler erklärt: Zur Lösung der deutschen Frage, d. h. zur Schaffung des Lebensraumes im Osten, gebe es nur den Weg der Gewalt, dieser aber sei niemals risikolos. Aber auch die Kämpfe Friedrichs des Großen um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen. Der Gedanke des Risikos, des Spiels mit dem höchsten Einsatz, bei dem die Existenz des

Staates in die Waagschale geworfen wird — das ist es, was Hitler an dem preußischen Beispiel imponiert.

Bereits in den ersten Stunden des Krieges, in seiner Reichstagsrede vom 1. September 1939, beruft Hitler sich - genau wie einst in der "Kampfzeit" — auf Friedrich den Großen: "Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heißt: Kapitulation. Wenn irgend jemand aber meint, daß wir vielleicht einer schweren Zeit entgegengehen, so möchte ich bitten zu bedenken, daß einst ein Preußenkönig mit einem lächerlich kleinen Staat einer der größten Koalitionen gegenübertrat und in drei Kämpfen am Ende doch erfolgreich bestand, weil er jenes gläubig starke Herz besaß, das auch wir in dieser Zeit benötigen." Noch bevor der Polenfeldzug beendet ist, erklärt Hitler am 19. September 1939 in seiner Rede im Artushof in Danzig an die Adresse der Westmächte gewandt, Deutschland werde niemals kapitulieren. "Die Herren mögen zur Kenntnis nehmen: Die Generation, die heute in Deutschland führt, ist nicht die Generation von Bethmann Hollweg. Heute haben Sie ein friderizianisches Deutschland vor sich." Damit war das Schlagwort vom "friderizianischen Deutschland, das nie kapitulieren werde", geprägt; es fand seinen Niederschlag übrigens auch in der historischen Literatur, etwa in der Schrift von F. Bremer aus dem Jahre 1943: "Von Friedrich dem Großen zum friderizianischen Deutschland Adolf Hitlers".

Je länger der Krieg dauerte, je mehr fühlte sich Hitler als der Friedrich der Große des 20. Jahrhunderts. Vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht verglich er am 23. November 1939 seinen Entschluß, in Polen einzumarschieren, mit dem Entschluß Friedrichs des Großen, in Schlesien einzufallen. Daran knüpfte er die Bemerkung, auch Preußen verdanke seinen Aufstieg dem Heroismus eines Mannes. Von seiner Umgebung wurde Hitler bereits nach dem Polen- und Frankreichfeldzug als der "größte Feldherr aller Zeiten" gefeiert. Vor Vertretern der deutschen Presse in Berlin sagte Hermann Göring noch während des Frankreichfeldzuges am 20. Mai 1940: "Es ist selten in der deutschen Geschichte, daß sich in einer Person die Weisheit des Staatsmannes und das Genie des Feldherrn so paaren. In Friedrich dem Großen hatte Deutschland eine solche Persönlichkeit. In Adolf Hitler hat die Vorsehung uns wieder ein solches Genie beschert." Ganz ähnlich äußerte sich General Jodl noch dreieinhalb Jahre später, am 7. November 1943, in einem Vortrag vor den Reichsund Gauleitern in München.

Strategische oder taktische Kritik seine meeführer und Generäle erstickte Hitler fig, wenn ihm Argumente fehlten, mit Hinweis auf Friedrich den Großen. So ging es beispielsweise dem Befehlshabe 2. Panzerarmee, Guderian, der am 20. zember 1941 im Führerhauptquartier zu stenburg Vortrag über die operative hielt und dafür eintrat, seine Armee schnittsweise auf eine verkürzte Winte lung zurückzunehmen. Hitler widersprach (müssen) sich in den Boden einkrallen jeden Quadratzentimeter Boden verteidig Glauben Sie, die Grenadiere Friedrichs Großen wären gerne gestorben? Sie wo auch leben, und dennoch war der König rechtigt, das Opfer ihres Lebens von ihne verlangen. Ich halte mich gleichfalls für rechtigt, das Opfer ihres Lebens von ihne verlangen. Ich halte mich gleichfalls für rechtigt, von jedem deutschen Soldaten Opfer seines Lebens zu fordern."

Bis in die letzten Monate, Wochen und des Zweiten Weltkrieges war Friedrich Große sozusagen Hitlers "Garant" dafür, Deutschland — allen Widerwärtigkeiten Trotz — dennoch "siegen" werde. Um einige Beispiele zu nennen, sei auf die sprechung Hitlers mit den Generalen V phal und Krebs vom 31. August 1944, mit Chef der Generalinspektion der Panzer pen, General Thomale, in der Nacht 29. auf 30. Dezember 1944 und nicht zu auf Hitlers Ansprache vor höheren Offizim Adlerhorst bei Ziegenberg in Hessen Beginn der Ardennenoffensive am 12. De ber 1944 hingewiesen.

Bis zum bitteren Ende hat Hitler und mit Goebbels an dem "Friedrich-Mythos" fe halten. Einziger Schmuck in Hitlers Art zimmer im Bunker der Reichskanzlei, 16 N unter der Erde, war das Bildnis Friedrichs Großen von Graff. "Vor diesem Bilde" bemerkte er Ende Februar 1945 einma Guderian, "hole ich mir immer neue K wenn die schlechten Nachrichten mich nie zudrücken drohen." Goebbels Bindung an ler war in diesen letzten Wochen vor Kr ende wohl enger als je zuvor. Er hatte s Berliner Wohnung, die insgesamt sechs B oder Porträtbüsten Friedrichs des Großer herbergte, verlassen und war seinem Fü in den Bunker der Reichskanzlei gefolgt. I zum 30. Januar 1945 hatte er den "Durchh film" "Kolberg" fertigstellen und zur U. führung in die eingeschlossene Atlantik stung La Rochelle fliegen lassen. Jetzt rid er seinen Führer auf, indem er ihm aus lyles Helden-Epos über Friedrich den Gri vorlas, und zwar besonders jene Abschnitte aus den schwärzesten Tagen des Siebenjährigen Krieges, als eine Hiobsbotschaft die andere jagte und dann ganz plötzlich durch den Tod der russischen Zarin Elisabeth am 12. Februar 1762 der Ring der Feinde gesprengt wurde. Am 12. April 1945 stirbt Roosevelt. Diese Nachricht schien, wie Augenzeugen berichten, Goebbels unglaublich zu erregen. Er ließ in seinem Arbeitszimmer Champagner servieren und rief sogleich Hitler an: "Mein Führer, ich beglückwünsche Sie. Roosevelt ist tot! Das Schicksal hat Ihren größten Feind geschlagen. Gott hat uns nicht verlassen."

Das "preußische Beispiel" hat für den Nationalsozialismus von der "Kampfzeit" bis zum "bitteren Ende" in Propaganda und Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Friedrich der Große war für den Führer der NS-Bewegung, für den Kanzler des Dritten Reiches und für den "größten Feldherrn aller Zeiten" ein immer wieder beschworenes, wenn auch häufig mißverstandenes Vorbild. Dem "Geist von Potsdam" huldigte man vor aller Welt in jener von Goebbels inszenierten Schau in der Garnisonkirche von Potsdam, die später zu einem symbolischen Wallfahrtsort bei Besuchen befreundeter Staatsoberhäupter wurde. Für die Eröffnung des neugewählten Reichstags wählte man in voller Absicht den 21. März, da am gleichen Tage vor 62 Jahren einst Bismarck den ersten deutschen Reichstag eröffnet hatte. Was Goebbels im Kampf um die preußischen Landtagswahlen von 1932 betont hatte, gab den Tenor ab für die Reden, die Hermann Göring als Reichstagspräsident und als neuernannter preußischer Ministerpräsident hielt: "Preußen ist das Kernland des Reiches. Von ihm soll und wird die Wiedergeburt der deutschen Nation ausgehen." Von der in Preußen durch Göring begründeten Geheimen Staatspolizei ging der organisierte Terror über ganz Deutschland - bis hin zu der Gittertür von Buchenwald. Es ist eine grausige Ironie der preußisch-deutschen Geschichte, daß auf ihr mit eisernen Lettern jene Worte geschlagen waren, die seit 1701 das Motto des Preußischen Ordens vom Schwarzen Adler waren und die durch die Jahrhunderte die Maxime des preußischen Staates verkündeten: "Jedem das Seine!" Für Himmler und seine SS war Friedrich II. eines der wichtigsten historischen Leitbilder, in der preußischen Armee sah er die "erste große Schule absoluter Disziplin". Es ist eine nicht zu übersehende Tatsache, daß über dem verbrecherischen Handeln Hitlers noch in den letzten Monaten, Wochen und Stunden des Krieges das Bild des größten preußischen Königs schwebte.

Zweifellos gibt es Linien, die von Hitler zu Friedrich dem Großen und von Friedrich dem Großen zu Hitler führen. Zweifellos weist das Preußentum Charakterzüge auf, die dem Nationalsozialismus Vorschub geleistet haben: Gewöhnung an Ordnung, Disziplin und Gehorsam konnten zum "bedingungslosen Gehorsam", zum "Kadavergehorsam" entarten. Ein pflichtbewußtes, aber unpolitisches Beamtentum konnte nur allzu leicht zur Beute einer von Machtgier besessenen Staatsführung werden. Die Beschränkung des Blickfeldes auf den eigenen Staat und seine Bedürfnisse hatte den Mangel an Verständnis für andere Völker und ihre Probleme zur Folge. Die Ausschaltung des Staatsvolkes von der Staatsverantwortung ebnete den Weg für die endgültige Zerschlagung der jungen Demokratie von Weimar und für die Aufrichtung der Diktaturgewalt Hitlers.

Das alles sollte man bei einer Erörterung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Preußentum nicht vergessen. Ein Weiteres aber sollte ebenfalls nicht vergessen werden: Keiner der Preußenkönige würde das, was im Dritten Reich geschah, gutgeheißen haben! Preußen war im Rahmen seiner Zeit ein "Rechtsstaat", auf den z. B. die Engländer des 18. Jahrhunderts mit Achtung und Respekt blickten. Preußen war auf religiösem Gebiet der Bahnbrecher des Toleranzgedankens, der keinen Kirchenkampf duldete, dessen Ziel die Ausrottung der christlichen Religionen war. Preußen war in seiner staatlichen Verwaltung ein Vorbild für Sauberkeit, Anständigkeit, selbstlose Hingabe und Pflichterfüllung.

Wenn wir auch mehr Verbindungslinien zwischen Hitler und Friedrich dem Großen sehen, als es gemeinhin geschieht, so bleibt doch bestehen, was bereits von anderer Seite gesagt worden ist, "daß Preußens größter König von der Primitivität eines Adolf Hitler ebensoweit entfernt war wie das Flötenkonzert von Sansscouci vom Horst-Wessel-Lied" (G. Ritter).